



HESSEN



Bericht aus Brüssel

22/2023 vom 24.11.2023

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäisches Parlament.....	4
Ausschuss der Regionen.....	6
Wirtschaft.....	6
Verkehr.....	11
Energie.....	12
Digital.....	13
Forschung.....	13
Finanzdienstleistungen.....	15
Finanzen.....	16
Soziales.....	17
Gesundheit und Verbraucherschutz	18
Umwelt.....	19
Landwirtschaft	24
Justiz.....	29
Inneres.....	30
Information, Kommunikation und Medien	33
EU-Förderprogramme.....	33
Veranstaltungen.....	34
Vorschau	37

Rat; Ukraine, Lage im Nahen Osten und Armenien und Aserbaidschan

Der Rat für Auswärtige Angelegenheiten tagte am 13.11.2023 sowie am 14.11.2023 zusätzlich in der Formation Verteidigung. Inhaltlich ging es v.a. um die EU-Unterstützung für die Ukraine, insbesondere mit Blick auf weitere militärische Hilfe. Unmittelbar sei der Bedarf v.a. in den Bereichen Luftverteidigung, Ausbildung, Munition und Winterausrüstung. Die Diskussion der Ministerinnen und Minister konzentrierte sich dann auch auf längerfristige Sicherheitsverpflichtungen. Sie befassten sich auch mit der Lage im Nahen Osten, insbesondere mit der humanitären Lage im Gazastreifen. Der Rat hob hervor, dass die Öffnung des Grenzübergangs Rafah eine positive Entwicklung darstelle. Dies reiche jedoch nicht aus, um die humanitäre Lage zu entschärfen. Außerdem forderte die Ministerrunde erneut die unverzügliche und bedingungslose Freilassung aller Geiseln und den Zugang zu den Geiseln für das Rote Kreuz. Im Anschluss daran erörterte der Rat die Notwendigkeit, eine Eskalation des Konflikts und ein Übergreifen auf die Region zu verhindern. Hierfür stehe die EU in Kontakt mit allen relevanten regionalen Akteuren. Der Rat sprach ebenfalls über die Notwendigkeit, an einer längerfristigen Lösung und einem Szenario für die Konfliktfolgezeit zu arbeiten, durch die Stabilität und ein dauerhafter Frieden für die gesamte Region gewährleistet werden könne. Außerdem fand eine Aussprache über die Lage in Armenien und Aserbaidschan statt. Der Rat führte die Aussprache vor dem Hintergrund der militärischen Operation Aserbaidschans in Bergkarabach vom 19./20.09.2023, der darauf folgenden Massenvertreibung von mehr als 100 000 Karabach-Armeniern und der laufenden Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen. Der Europäische Rat hatte auf seiner Tagung im Oktober 2023 darüber beraten, wie die Zusammenarbeit der EU mit Armenien vertieft werden und die demokratisch gewählte Regierung, die Resilienz und die Sicherheit des Landes sowie die Fortsetzung der Reformen im Land weiter unterstützt werden können. Auf dieser Grundlage kam der Rat überein zu prüfen, ob im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität nicht-letale Unterstützung für Armenien geleistet und die EU-Mission in Armenien gestärkt werden kann. Konkret gehe es v.a. darum, mehr Beobachter und mehr Patrouillen, auch in sicherheitssensiblen Gebieten, zu ermöglichen. Die Option einer Visaliberalisierung für Armenien wurde ebenfalls angesprochen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2023/11/13/>

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2023/11/14/>

Kommission; Überprüfung der EU-Hilfe für palästinensische Gebiete

Die Kommission hat am 21.11.2023 die Ergebnisse der Überprüfung der laufenden Finanzhilfe der EU für die palästinensischen Gebiete veröffentlicht. Diese Überprüfung hatte die Kommission nach den Terroranschlägen der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung vom 07.10.2023, angekündigt. Die EU ist der größte Geber für die palästinensischen Gebiete im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Strategie (EJS) 2021-2024, die sich voraussichtlich auf fast 1,2 Mrd. EUR beläuft, von denen 691 Mio. EUR bereits angenommen wurden. Laut der Mitteilung der Kommission geht aus der Überprüfung hervor, dass die Kontrollen der Kommission und die bestehenden Schutzvorkehrungen, die in den letzten Jahren erheblich verstärkt wurden, gut funktionieren und bislang nicht nachgewiesen werden konnte, dass Gelder zweckentfremdet wurden. Mit dieser Überprüfung soll v.a. sichergestellt werden, dass EU-Mittel nicht zur Terrorismusfinanzierung verwendet werden.

https://neighbourhood-enlargement.ec.europa.eu/communication-commission-review-ongoing-financial-assistance-palestine_en

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 20.-23.11.2023 in Straßburg

Pflanzenschutzmittel: EP lehnt Kommissionsvorschlag ab

Das EP hat am 22.11.2023 keine Mehrheit für ein Verhandlungsmandat für die Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (sog. SUR-Verordnung) erzielen können. 299 MdEP stimmten gegen den Vorschlag der Kommission, der vom Plenum geändert worden war. 207 MdEP hatten für den Vorschlag gestimmt, während sich 121 MdEP enthielten. Zuvor fanden mehrere Änderungsanträge eine Mehrheit, die den vom Umweltausschuss verabschiedeten Bericht deutlich abschwächten. Schließlich unterstützten die Berichterstatterin MdEP Sarah Wiener (GRÜNE/AUT) und die Mehrheit des EP den so geänderten Bericht nicht mehr. Anschließend wurde die Rücküberweisung an den Umweltausschuss ebenfalls abgelehnt. Mit dieser Abstimmung hat das EP den Kommissionsvorschlag effektiv abgelehnt und die erste Lesung abgeschlossen.

Annahme des Standpunktes zur Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle

Das EP hat am 22.11.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP Frédérique Ries (RN/BEL) seinen Standpunkt zur Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfällen mit einer Mehrheit von 426 - 125 - 74 angenommen (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

Annahme des Standpunktes zur Richtlinie über die Reparatur von Waren

Am 21.11.2023 hat das EP im Rahmen des Berichts von MdEP René Repasi (S&D/DEU) mit einer Mehrheit von 590 - 15 - 15 sein Verhandlungsmandat zur Richtlinie über gemeinsame Vorschriften zur Förderung der Reparatur von Waren angenommen (siehe Beitrag unter „Gesundheit und Verbraucherschutz“).

Zukunft der EU: Vorschläge des EP zur Vertragsreform

Am 22.11.2023 legen die MdEP im Rahmen des Berichts der MdEP Sven Simon (EVP/DEU), Gabriele Bischoff (S&D/DEU), Guy Verhofstadt (RN/BEL), Daniel Freund (GRÜNE/DEU) und Helmut Scholz (GUE/DEU) Vorschläge zur Veränderung der EU vor. Darin spricht sich das EP für Reformen aus, die die EU handlungsfähiger machen und der Bevölkerung mehr Mitspracherecht geben sollen. Zu den wichtigsten Vorschlägen der MdEP zählen folgende Punkte: Ein echtes Zweikammersystem soll geschaffen und die Verringerung von Blockaden im Rat angestrebt werden, und zwar durch mehr Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit und im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren. Das Parlament soll das volle Initiativrecht sowie das Recht bekommen, über den Langzeithaushalt der EU zu entscheiden. Die Regeln für die Zusammensetzung der Kommission sollen überarbeitet werden und die Kommission soll künftig „Europäische Exekutive“ heißen. Auch soll es neue Regeln für die Wahl der Präsidentin bzw. des Präsidenten geben: Künftig soll das Parlament den Kommissionspräsidenten bzw. die Kommissionspräsidentin ernennen und der Europäische Rat soll ihn bzw. sie bestätigen – die Rollen sollen also umgekehrt werden, wobei die Zahl der Kommissare auf 15 begrenzt werden soll (für die dann ein Rotationsprinzip zwischen den Mitgliedstaaten gilt). Der Kommissionspräsident bzw. die Kommissionspräsidentin soll in Zukunft sein bzw. ihr Kollegium auf der Grundlage politischer Präferenzen wählen können, wobei für geografische und demografische Ausgewogenheit zu sorgen ist. Die Vorschläge umfassen auch einen Mechanismus zur Ablehnung einzelner Kommissarinnen oder Kommissare. Der Rat soll wesentlich transparenter werden und die Standpunkte der Mitgliedstaaten zu legislativen Fragen

veröffentlichen. Die Bevölkerung soll mehr Mitspracherecht bekommen: Die EU soll geeignete Beteiligungsmechanismen schaffen und die Rolle der europäischen politischen Parteien soll gestärkt werden. Die MdEP fordern mehr Befugnisse für die EU in Umweltfragen. Auch sollen die Bereiche öffentliche Gesundheit (insbesondere grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen sowie sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte), Katastrophenschutz, Industrie und Bildung, für die derzeit ausschließlich die Mitgliedstaaten zuständig sind, künftig in den gemeinsamen Zuständigkeitsbereich der EU fallen. Die gemeinsame Zuständigkeit in den Bereichen Energie, auswärtige Angelegenheiten, äußere Sicherheit und Verteidigung, Außengrenzpolitik und länderübergreifende Infrastruktur soll ausgebaut werden. Das EP nahm den Bericht mit einer Mehrheit von 305 - 276 - 29 an. Die entsprechende Entschließung wurde mit Mehrheit von 291 - 274 - 44 angenommen.
https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0427_DE.html

Schärfere CO2-Grenzwerte für Lkw und Busse

Die MdEP haben am 22.11.2023 im Rahmen des Berichts von MdEP Bas Eickhout (GRÜNE/NDL) ihren Standpunkt in Bezug auf neue CO2-Emissionsnormen für Busse, Lastkraftwagen und Anhänger mit einer Mehrheit von 445 - 152 - 30 angenommen (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

Annahme des Standpunkts zum Verordnungsentwurf der „Netto-Null-Industrie“-Verordnung

Am 21.11.2023 hat das EP im Rahmen des Berichts von MdEP Christian Ehler (EVP/DEU) mit einer Mehrheit von 376 - 139 - 116 seinen Standpunkt zum „Netto-Null-Industrie“-Verordnungsentwurf verabschiedet (siehe Beitrag unter „Wirtschaft“).

EU-Haushalt 2024 verabschiedet

Das EP am 22.11.2023 den EU-Haushalt für das kommende Jahr mit einer Mehrheit von 519 - 79 - 30 verabschiedet. Die Verhandlungen zwischen dem Parlament, dem Rat und der Kommission wurden am 11.11.2023 mit einer Einigung abgeschlossen. Das EP konnte für seine Prioritäten im Vergleich zum Haushaltsentwurf der Kommission zusätzliche 670 Millionen Euro erreichen. Die vorläufigen Zahlen für 2024 belaufen sich auf 189,4 Milliarden Euro an Verpflichtungsermächtigungen und 142,6 Milliarden Euro an Zahlungsermächtigungen. Zu den von den MdEP durchgesetzten Erhöhungen gehören 250 Mio. Euro für humanitäre Hilfe, 150 Mio. Euro für das „Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit — Europa in der Welt“, 85 Mio. Euro für "Horizont Europa", 30 Mio. Euro für die Verkehrsinfrastruktur (Fazilität "Connecting Europe"), 60 Mio. Euro für Erasmus+, 20 Mio. Euro für LIFE, 20 Mio. Euro für Junglandwirte, 10 Mio. Euro für das EU-Katastrophenschutzverfahren und 10 Mio. Euro für militärische Mobilität (siehe Beitrag unter „Finanzen“)

Entschließung zur UN-Klimakonferenz (COP28)

Das EP hat am 21.11.2023 mit einer Mehrheit von 462 - 134 - 30 eine Entschließung zu den strategischen Zielen der EU im Vorfeld der UN-Klimakonferenz (COP28) angenommen, auf der die erste Bestandsaufnahme im Rahmen des Pariser Abkommens erfolgen wird. Die MdEP fordern so schnell wie möglich ein weltweites Ende aller direkten und indirekten Subventionen für fossile Brennstoffe, spätestens jedoch bis 2025 (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

Annahme des Standpunktes zum EU-Zertifizierungsrahmen für den CO2-Abbau

Das EP hat am 21.11.2023 mit einer Mehrheit von 448 - 65 - 114 im Rahmen des Berichts von MdEP Lídia Pereira (EVP/PTL) seinen Standpunkt zur Verordnung zur

Schaffung eines Unionsrahmens für die Zertifizierung von CO₂-Entnahmen angenommen (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

Ansprache des bulgarischen Ministerpräsidenten Nikolay Denkov

Der bulgarische Ministerpräsident Nikolay Denkov forderte am 22.11.2023 in einer Rede vor den MdEP die EU auf, eine aktivere Rolle auf der internationalen Bühne zu spielen, als Vermittler und Garant des Friedens. In seiner "This is Europe"-Rede warnte Ministerpräsident Denkov davor, dass Russland wirtschaftliche und kulturelle Bindungen nutzt, um die bulgarische Gesellschaft zu spalten. Er betonte, dass die Mitgliedschaft in der EU und der NATO die größte Garantie dafür sei, dass BUL den Weg der demokratischen und europäischen Entwicklung fortsetzen könne. In Reaktion auf die Rede von Ministerpräsident Denkov forderte die Mehrheit der MdEP, die Diskriminierung bulgarischer und rumänischer Bürger ein für alle Mal zu beenden, und verlangte eine Abstimmung im Rat über den Schengen-Beitritt beider Länder vor Ende 2023. Die MdEP begrüßten die pro-europäische Regierung des Landes und die kürzlich verabschiedeten Reformen, drängten aber auf schnelles Handeln bei der Überprüfung der Verwendung von EU-Geldern. Einige MdEP forderten BUL auf, Schlupflöcher bei der Umgehung von Sanktionen gegen russisches Gas zu schließen und mehr für den Schutz der Umwelt und der Rechte von Minderheiten sowie für die Unterstützung der EU-Erweiterung auf dem westlichen Balkan zu tun.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2023-11-22-ITM-006_DE.html

Ausschuss der Regionen

AdR; COTER-Fachkommissionssitzung

Am 17.11.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission COTER für Kohäsionsfonds und Haushalt statt. Dabei erfolgte ein Meinungsaustausch zum Arbeitsdokument „Intelligenter, nachhaltiger und erschwinglicher Wohnraum als Instrument der lokalen Gebietskörperschaften zur Bewältigung vielfältiger Herausforderungen“ sowie eine Orientierungsdebatte zum Stellungnahmeentwurf „Ökologisierung des Güterverkehrs“.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2192374&meetingSessionId=2241421>

AdR; CIVEX-Fachkommissionssitzung

Am 21.11.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, Institutionelle Fragen und Außenbeziehungen statt. Im Rahmen der Sitzung wurde eine thematische Debatte zu den Folgemaßnahmen zur Konferenz zur Zukunft Europas und zur Charta für Jugend und Demokratie – politische Teilhabe junger Menschen im Hinblick auf die Europawahlen geführt.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2192350&meetingSessionId=2241397>

AdR; ENVE-Fachkommissionssitzung

Am 22.11.2023 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ENVE für Umwelt, Klimawandel und Energie statt. Die ENVE-Fachkommission stimmte im Rahmen ihrer Sitzung über den Stellungnahmeentwurf „Europäischer Grüner Deal und Gesundheit“ ab. Darüber hinaus fand ein Meinungsaustausch zum Arbeitsdokument „Lokale Energieerzeugung: die Rolle der geothermischen Energie“ statt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2194803&meetingSessionId=2244316>

AdR; NAT-Fachkommissionssitzung

Am 23.11.2023 tagte die AdR-Fachkommission NAT für Natürliche Ressourcen. Dabei fand ein Meinungsaustausch zum Arbeitsdokument „eine umfassende Herangehensweise im Bereich der psychischen Gesundheit“ sowie zum Arbeitsdokument „Pflanzenvermehrungsmittel“ statt.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2192338&meetingSessionId=2241385>

Wirtschaft

Kommission; Neues EU-Außenhandelsstool

Die Kommission hat am 13.11.2023 das neue „Access2Conformity-Tool“ vorgestellt, welches in das „Access2Markets-Portal“ integriert ist. Dieses soll große und kleine EU-Exporteure beim Bürokratieabbau unterstützen. Ziel ist es, die EU-Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung in Drittländern besser zu nutzen. „Access2Conformity“ soll die Unternehmen in der EU dabei unterstützen herauszufinden, wo sie in der EU bestimmte Produktprüfungen und -zertifizierungen durchführen können, bevor sie die Ware an bestimmte Drittländer exportieren. Dies gilt für die Staaten Kanada, die Schweiz, GBR, Japan und die USA.

<https://trade.ec.europa.eu/access-to-markets/de/home>

Eurostat: Statistik zur Einfuhr und Ausfuhr von Seltenen Erden in die EU

Das Statistische Amt der EU (Eurostat) veröffentlichte am 13.11.2023 einen Artikel über die Einfuhr und Ausfuhr von Seltenen Erden (REE+) in die EU bzw. aus der EU bezogen auf das Jahr 2022. Im Jahr 2022 verzeichnete die EU danach einen deutlichen Anstieg der Einfuhr von Seltenen Erden. Insgesamt wurden laut Eurostat 18.000 Tonnen importiert. Dies bedeutet einen Anstieg von 9% gegenüber 2021. Es wurden im gleichen Zeitraum 7.000 Tonnen exportiert. China war der größte Partner für Importe von Seltenen Erden mit einem Anteil von 40% am Gesamtgewicht der Importe. Es folgten Malaysia mit 31% und Russland mit 25%. Seltene Erden sind eine Gruppe von 17 Spezialmetallen mit hohem Versorgungsrisiko und erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung, die in sehr alltäglichen Technologien, wie z.B. Mobiltelefonen, aber auch in High-Tech-Anwendungen eingesetzt werden.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20231113-1>

https://single-market-economy.ec.europa.eu/sectors/raw-materials/week_en#:~:text=The%20next%20Raw%20Materials%20Week,with%20Eu,micon%2C%20on%2015%20November

Rat; EP; Vorläufige Einigung zum Verordnungsvorschlag zur Versorgung mit kritischen Rohstoffen

Rat und EP haben am 13.11.2023 eine vorläufige Einigung zu der vorgeschlagenen Verordnung zur Schaffung eines Rahmens zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Versorgung mit kritischen Rohstoffen erzielt. Neu gegenüber dem Kommissionsvorschlag ist, dass jetzt Aluminium in die Liste der strategisch wichtigen Rohstoffe aufgenommen wurde. Damit besteht die Liste nunmehr aus 34 kritischen und 17 strategisch wichtigen Rohstoffen. Der Verordnungsvorschlag enthält Zielvorgaben für die Aufstockung des Anteils, den die EU zu diesen Rohstoffen beisteuert. Die vorläufige Einigung sieht vor, dass die von der Kommission

vorgeschlagenen Richtwerte von 10% für die Rohstoffgewinnung und 40% für die Verarbeitung beibehalten werden, aber der Richtwert für das Recycling auf mindestens 25% des jährlichen Rohstoffverbrauchs der EU angehoben wird. Auf globaler Ebene wurden in dem Verordnungsvorschlag Maßnahmen zur Diversifizierung der Einfuhren kritischer Rohstoffe festgelegt. Damit soll sichergestellt werden, dass nicht mehr als 65% des Verbrauchs der einzelnen strategisch wichtigen Rohstoffe in der EU aus nur einem Drittland stammen. Mit der erzielten vorläufigen Einigung werden auch die Fristen für das Genehmigungsverfahren vereinheitlicht. Vorgesehen ist ein schnelles und vereinfachtes Genehmigungsverfahren für strategisch wichtige Rohstoffförderungsprojekte.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/13/council-and-parliament-strike-provisional-deal-to-reinforce-the-supply-of-critical-raw-materials/>

Rat; Informelle Ratssitzung zum Thema Städteentwicklung

Am 14.11.2023 fand ein informelles Treffen der zuständigen Ministerinnen und Minister für Städteentwicklung zum Thema Wohnen und Stadtentwicklung statt. Auf der Sitzung wurde die „Erklärung von Gijón“ verabschiedet. Mit der Erklärung bekräftigten die Minister und Ministerinnen ihr Engagement für den Zugang zu menschenwürdigem und erschwinglichem Wohnraum für alle europäischen Bürger. In der Erklärung unterstützen sie zudem eine nachhaltigere, gesündere und integrativere Stadtentwicklung. In der Erklärung von Gijón wird auch eine Weiterentwicklung der Wohnungspolitik auf EU-Ebene gefordert, und zwar in einem Kontext, der von großen Herausforderungen in diesem Bereich geprägt ist, wie z. B. dem anhaltenden Mietpreisanstieg und dem zunehmenden Angebotsmangel. Die Kommission wird u.a. aufgefordert, die Definition des sozialen Wohnungsbaus zu prüfen, um die Anwendung staatlicher Beihilfen in der Wohnungspolitik zu erleichtern. In der Erklärung wird darauf hingewiesen, dass laut Eurostat 8,7% der EU-Bevölkerung mehr als 40% ihres Einkommens für das Wohnen ausgeben.

<https://spanish-presidency.consilium.europa.eu/en/news/gijon-declaration-informal-ministerial-meeting-housing-urban-development/>

Kommission; Sondierungen zur Evaluierung des Binnenmarktprogramms gestartet

Die Kommission hat am 14.11.2023 die Sondierungen zu der für das vierte Quartal 2024 geplanten Zwischenevaluierung des Binnenmarktprogramms gestartet. Das Binnenmarktprogramm soll dazu beitragen, dass das volle Potenzial des Binnenmarkts ausgeschöpft werden kann und die Erholung Europas von der COVID-19-Pandemie sichergestellt ist. Mit dem Programm werden Aktivitäten in Bereichen wie Binnenmarkt und Marktüberwachung, Normung, KMU, Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und europäische Statistiken unterstützt. Für das Programm stehen insgesamt 4,2 Mrd. EUR für den Zeitraum 2021-2027 zur Verfügung. Im Rahmen dieser Initiative soll zunächst die Leistung des Programms im Zeitraum 2021-2023 evaluiert werden. Die Frist für Rückmeldungen endet am 12.12.2023.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14002-Binnenmarktprogramm-Zwischenevaluierung_de

Kommission; Eurobarometer: Umfrage zu Fachkräftemangel bei KMU

Laut einer am 14.11.2023 veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage wird der Fachkräftemangel als eines der größten Probleme für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) eingestuft. Betroffen seien zwischenzeitlich alle Mitgliedstaaten (MS) und Wirtschaftszweige. 42% der KMU gaben an, einen Mangel an Fachkräften zu haben. Dies werde v.a. deutlich bei technisch geschultem Personal (47% Kleinstunternehmen, 50% mittlere Unternehmen). Der Fachkräftemangel führe auch zu einer erhöhten

Arbeitsbelastung des schon vorhandenen Personals, Umsatzeinbußen und einem Rückgang der Rentabilität und des Wachstums. Nur jedes siebte KMU stelle Mitarbeiter aus anderen MS ein. Als Hürden werden Sprachbarrieren und administrative Probleme angeführt. Obwohl die meisten KMU mit der Unterstützung, die sie von der Politik bei der Bewältigung des Fachkräftemangels erhalten haben, relativ zufrieden sind, stellten sie zugleich fest, dass weiterhin Verbesserungspotenzial besteht. Steuerliche Anreize (39%), Weiterbildungsmaßnahmen (38%), und Direktsubventionen (28%) werden als sinnvoll erachtet.

<https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2961>

Rat; Partnerschaftsabkommen mit „OACPS“

Am 15.11.2023 haben die EU und ihre Mitgliedstaaten ein neues Partnerschaftsabkommen mit den Mitgliedern der Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (OACPS) in Samoa unterzeichnet. Das neue „Samoa-Abkommen“ löst das „Cotonou-Abkommen“ ab und dient als übergreifender Rechtsrahmen für die nächsten 20 Jahre. In dem Partnerschaftsabkommen werden gemeinsame Grundsätze festgelegt, u.a. zu den Themen Menschenrechte, Demokratie und Regierungsführung, Frieden und Sicherheit, menschliche und soziale Entwicklung, ökologische Nachhaltigkeit und Klimawandel, Migration und Mobilität. Das Abkommen konzentriert sich auf die spezifischen Bedürfnisse jeder Region und umfasst eine gemeinsame Grundlage sowie drei Regionalprotokolle für Afrika, die Karibik und den Pazifik.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2023/11/15/samoa-agreement-eu-and-its-member-states-sign-new-partnership-agreement-with-the-members-of-the-organisation-of-the-african-caribbean-and-pacific-states/>

Eurostat; Außenhandelsüberschuss des Euroraums im September bei 10 Mrd. EUR

Am 15.11.2023 hat das Statistische Amt der EU (Eurostat) Werte über die internationalen Handelstätigkeiten September 2023 veröffentlicht. Die Exporte des Euroraums in die restliche Welt sind demnach gegenüber September 2022 von 260,1 Mrd. EUR auf 235,8 Mrd. EUR gesunken. Das entspricht einem Rückgang von 9,3%. Ebenfalls gesunken sind die Importe um 23,9%. Während die Importe im September 2022 bei 296,7 Mrd. EUR lagen, lagen diese im September 2023 mit 225,8 Mrd. EUR deutlich niedriger.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/17872469/6-15112023-PB-DE.pdf/b946eb65-08f0-17b7-0fd9-389b98f97ca9>

Kommission; Dritter Jahresbericht über die Umsetzung und Durchsetzung der EU-Handelsabkommen

Die Kommission veröffentlichte am 15.11.2023 ihren dritten Jahresbericht über die Umsetzung und Durchsetzung von EU-Handelsabkommen. Aus dem Jahresbericht geht hervor, dass sich der Wert des EU-Handels durch Freihandelsabkommen mit globalen Partnern im Jahr 2022 erstmals auf über 2 Bio. EUR belief. Der Handel mit den 20 wichtigsten Handelspartnern habe im Jahr 2022 durchschnittlich um fast 30% zugenommen. Die Kommission habe in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und EU-Unternehmen auch mehr als 30 Handelshemmnisse in 19 Ländern abgebaut. Der Abbau von Hemmnissen in den letzten fünf Jahren habe dazu beigetragen, allein im Jahr 2022 ca. 7 Mrd. EUR an EU-Ausfuhren zu erschließen. Mit insgesamt 74 Ländern, auf die 44% des gesamten Außenhandels der EU im Jahr 2022 entfallen sind, verfüge die EU über das weltweit größte Netz von Handelsabkommen. 2022 stiegen laut Bericht die Ausfuhren von mit Sanktionen belegten Waren aus der EU an

Präferenzhandelspartner um 174 Mrd. EUR. Dadurch wurden die Verluste bei den Ausfuhren nach Russland in Höhe von 27 Mrd. EUR bei Weitem ausgeglichen.

[https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=COM\(2023\)740&lang=en](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=COM(2023)740&lang=en)

Kommission; Zusammenarbeit der EU mit Korea in Wettbewerbspolitik

Am 16./17.11.2023 haben Beamte und Sachverständige aus der Kommission und Korea bewährte Verfahren in der Wettbewerbspolitik und -durchsetzung in einem Online-Treffen diskutiert. Der Fokus lag auf der Beurteilung von Kopplungsvereinbarungen im Falle des Marktmissbrauchs, geeignete Abhilfemaßnahmen, gängige Vorgehensweisen für Kartellverfahren und die Stärkung von Fairness und Transparenz bei den Verfahren. Das Treffen fand im Rahmen der jährlichen EU-Korea „Competition Week“ statt. Es ist Teil des „Competition Cooperation“ Projektes. Dabei handelt es sich um ein von der EU auf 5 Jahre angelegtes Förderprogramm, das Wettbewerbsbehörden in Asien technische Unterstützung bietet.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_23_5850

Eurostat: Quartalsbericht zu Unternehmensinsolvenzen und Neugründungen

Am 17.11.2023 veröffentlichte das Statistische Amt der EU (Eurostat) Werte aus dem 3.Quartal über die Zahl an Insolvenzanmeldungen und Neugründungen von Unternehmen in der EU. Im Vergleich zum Vorquartal ist die Anzahl an Insolvenzanmeldungen um 5,8% gesunken. Dadurch ist die Anzahl gemeldeter Insolvenzen über dem Vor-Corona-Niveau (4.Quartal 2019). Die Anzahl von Neugründungen von Unternehmen ist dahingegen zum dritten Mal in Folge um 0,7% gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Im Vergleich zum 4.Quartal 2019 (also vor der Pandemie) war die Anmeldung von Insolvenzen im 3.Quartal 2023 in der Hälfte der Wirtschaftssektoren höher. Betroffen waren v.a. Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, Information und Kommunikation, Bildung, Gesundheits- und Sozialwesen als auch die Finanz-, Versicherungs- und Immobiliendienstleistungen. In den anderen Wirtschaftszweigen Handel, Industrie, Transport und Logistik und Bau waren die Anmeldungen für Insolvenz im 3.Quartal 2023 niedriger als im 4.Quartal 2019.

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-eurostat-news/w/ddn-20231117-2>

EP; Annahme des Standpunkts zur „Netto-Null-Industrie“-Verordnung

Am 21.11.2023 hat das EP mit 376 Ja-Stimmen zu 139 Nein-Stimmen bei 116 Enthaltungen mit dem Bericht von MdEP Christian Ehler (EVP/DEU) seinen Standpunkt zum „Netto-Null-Industrie“-Verordnungsentwurf verabschiedet. Der Verordnungsvorschlag der Kommission vom 16.03.2023 ist Teil der Antwort auf den „Inflation Reduction Act“ der USA. Durch den Verordnungsentwurf soll die Produktion von CO₂-freien Technologien in der EU gefördert werden. Ziel ist es, bis 2030 40% des Bedarfs an solchen Technologien für die nationalen Energie- und Klimapläne selbst herstellen zu können. Ein Viertel des weltweiten Bedarfs soll dann durch die Fertigungskapazität der EU gedeckt sein. Das EP schlägt vor, die Entwicklung von 17 Technologien zu unterstützen, die für den Übergang Europas zu einer klimaneutralen Wirtschaft bis 2050 als wesentlich angesehen werden. Das EP nimmt in seinem Standpunkt u.a. die Kernspaltungs- und Kernfusionstechnologien, sowie nachhaltige Flugkraftstoffe in die Liste der zu fördernden Dekarbonisierungstechnologien auf. Zudem will das EP die entsprechenden Vorschriften auf die gesamte Lieferkette ausweiten. Die Genehmigungsverfahren für die entsprechende Technologieproduktion sollen durch Projektklassifizierungen und die Errichtung von „Netto-Null-Industrietälern“ beschleunigt werden. Das EP will die Finanzierung teilweise aus

nationalen Einnahmen des Emissionshandelssystems (ETS) verwirklichen und zudem für die meisten strategischen Projekte das Instrument der Plattform für strategische Technologien für Europa (STEP) nutzen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0401_EN.html

Rat; Sitzung Auswärtige Angelegenheiten/Entwicklung

Am 21.11.2023 fand eine Sitzung des Rats für Auswärtige Angelegenheiten in seiner Zusammensetzung als Entwicklungsrat statt. Die Teilnehmer wurden über die Lage in der Ukraine, die Hilfen für die palästinensischen Gebiete, die Implementation des dritten Aktionsplans für Gleichstellung und die Folgemaßnahmen zu dem Gipfeltreffen „EU-CELAC“ am 17./18.07.2023 unterrichtet. Die Minister und Ministerinnen hatten zudem einen virtuellen informellen Austausch mit dem Präsidenten der Weltbank, Ajay Banga. Bei einem Arbeitsessen fand ein Gedankenaustausch über das Konzept „Team Europa“ Afrikas statt. Dazu billigte der Rat auch Schlussfolgerungen. Zudem verabschiedete der Rat Schlussfolgerungen zum sozialen, grünen und digitalen Wandel, in denen er u.a. das Eintreten der EU und ihrer Mitgliedstaaten für die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die darin enthaltenen 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung bekräftigte. Auch billigte der Rat Schlussfolgerungen zum Sonderbericht Nr. 14/2023 des Europäischen Rechnungshofs über „die Programmplanung beim Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt“.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/fac/2023/11/21/>

Kommission; Erste Auktion der Europäischen Wasserstoff-Bank

Am 23.11.2023 wurde die erste Auktion der Europäischen Wasserstoffbank als Pilotauktion gestartet. Für die erste Auktion stehen insgesamt 800 Mio. EUR für die Produktion von erneuerbarem Wasserstoff bereit. Die Hersteller von erneuerbarem Wasserstoff können sich um eine Förderung in Form eines festen Zuschusses pro Kilogramm produzierten Wasserstoffs bewerben. Der Zuschuss soll die Lücke schließen zwischen dem Produktionspreis und dem Preis, den die Verbraucher derzeit zu zahlen bereit sind – auf einem Markt, auf dem nicht-erneuerbarer Wasserstoff noch billiger zu produzieren ist. Bieter können sich bis zum 08.02.2024 über das eingerichtete EU-Finanzierungs- und Ausschreibungsportal bewerben. Finanziert werden die Auktionen aus Einnahmen aus dem Emissionshandel. Diese erste Pilotauktion soll es der Kommission ermöglichen, zuverlässige Daten über die Projektpipeline für erneuerbaren Wasserstoff in der EU, das Ausmaß des Wettbewerbs um diese Art der Förderung, die Kosten der Erzeugung von erneuerbarem Wasserstoff und den Marktpreis zu sammeln.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/programmes/innovfund>

V e r k e h r

EuGH; Rechtsmittelurteil: Rückforderung staatlicher Beihilfen für Flughafen Klagenfurt rechtens

Mit Urteil vom 23.11.2023 entschied der EuGH in der Rechtsmittelsache C 758/21 P Ryanair und Airport Marketing Services, das von Ryanair bzw. ihre Tochtergesellschaften eingelegte Rechtsmittel gegen das Urteil des Gerichts der EU (EuG) vom 29.09.2021 vollumfänglich abzuweisen. Mit Beschluss vom 11.11.2016 hatte die Kommission u.a. festgestellt, dass Ryanair bzw. ihren Tochtergesellschaften im Rahmen von Dienstleistungs- und Marketingvereinbarungen mit dem Betreiber des

Flughafens Klagenfurt von 2002 und 2006 unzulässige staatliche Beihilfen durch AUT gewährt worden seien. Daher wurde AUT aufgefordert, diese Beträge von Ryanair und ihren Tochtergesellschaften zurückfordern. Ryanair bzw. ihre Tochtergesellschaften haben diesen Kommissionbeschluss ohne Erfolg beim EuG angefochten.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-758/21>

EuGH; Rechtsmittelurteil: Schwedische und französische Beihilfen während Corona-Pandemie rechtens

Am 23.11.2023 entschied der EuGH in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-209/21 P und C-210/21 P und lehnte die Klagen des Rechtsmittelführers Ryanair gegen die Kommission vollumfänglich ab. Im März 2020 meldete FRA bei der Kommission eine Beihilfe an, die Luftfahrtunternehmen mit französischer Betriebsgenehmigung zugutekam. Im April 2020 meldete auch SWE eine Beihilfe an, um die Luftfahrtunternehmen, die eine schwedische Betriebsgenehmigung besaßen, im Rahmen der Covid-19-Pandemie zu unterstützen. Die Kommission genehmigte die o.a. Beihilfemaßnahmen. Ryanair hatte daraufhin erfolglos gegen die Beschlüsse der Kommission beim EuG geklagt. Gegen die Urteile des EuG legte Ryanair daraufhin beim EuGH Rechtsmittel ein. Dieser wies alle geltend gemachten Rechtsmittelgründe zurück und bestätigte die Urteile des EuG.

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-209/21>

<https://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-210/21>

E n e r g i e

Rat; EP; Vorläufige Einigung über REMIT-Verordnung

Am 16.11.2023 haben der Rat und das EP eine vorläufige Einigung über die Verordnung für einen besseren Schutz der EU vor Marktmanipulation auf dem Energiegroßhandelsmarkt (REMIT-Verordnung) erzielt. Diese soll den offenen und fairen Wettbewerb auf den europäischen Energiegroßhandelsmärkten unterstützen und mehr Markttransparenz und -integrität schaffen. Der Verordnungsentwurf ist Teil einer umfassenderen Reform der Gestaltung des EU-Strommarkts. EP und Rat einigten sich darauf, dass Marktteilnehmer aus Drittländern in den Mitgliedstaaten, in denen sie auf dem Energiegroßhandelsmarkt tätig sind, schriftlich einen Vertreter benennen müssen. Er ist dann befugt, im Namen des Marktteilnehmers zu handeln. Marktteilnehmer werden u.a. auch verpflichtet, dafür zu sorgen, dass ihr Vertreter über die erforderlichen Befugnisse und Mittel verfügt, um seinerseits sicherzustellen, dass die Marktteilnehmer den Entscheidungen der nationalen Regulierungsbehörden oder der Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) wirksam und rechtzeitig nachkommen und im Falle von Auskunftersuchen mit ihnen zusammenarbeiten. Zudem sollen nach den Vorstellungen von EP und Rat die Entscheidungsbefugnisse der ACER beschränkt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/16/protection-against-market-manipulation-in-the-wholesale-energy-market-council-and-parliament-reach-deal/>

Kommission; Änderungen der Geltungsdauer von bestimmten Energiebeihilfen

Am 20.11.2023 hat die Kommission eine Änderung des Befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen zur Krisenbewältigung und zur Gestaltung des Wandels angenommen. Diese Änderung soll den Mitgliedstaaten insbesondere die Möglichkeit geben, begrenzte Beihilfebeiträge zum Ausgleich der hohen Energiepreise um weitere

6 Monate bis zum 30.06.2024 zu gewähren. Die ursprüngliche Frist wäre am 31.12.2023 ausgelaufen. Außerdem werden die Obergrenzen angehoben. Weiterhin werden ebenfalls die Fristen für Beihilfen zum Ausgleich der höheren Energiepreise bis zum 30.06.2024 verlängert. Ziel ist es, Förderregelungen bei Bedarf zu verlängern damit den Unternehmen nicht inmitten der Heizperiode die benötigte Hilfe entzogen wird. Hintergrund der Energiekrise und der damit einhergehenden Preisanstiege ist v.a. die andauernde Aggression Russlands gegen die Ukraine.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_5861

Digital

EuGH; Urteil: Kommunikationsplattformengesetz in AUT unionsrechtswidrig

Der EuGH hat mit Urteil vom 09.11.2023 in der Rechtssache C-376/22 im Rahmen eines Vorabentscheidungsersuchens entschieden, dass ein Mitgliedstaat (MS) zur Bekämpfung rechtswidriger Inhalte im Internet einem Anbieter einer Kommunikationsplattform, der in einem anderen MS niedergelassen ist, keine generell-abstrakten Verpflichtungen auferlegen darf. Der EuGH urteilte, dass eine solche nationale Herangehensweise gegen das Unionsrecht verstößt. Das EU-Recht gewährleiste nämlich den freien Verkehr von Diensten der Informationsgesellschaft durch den Grundsatz der Aufsicht im Herkunftsmitgliedstaat. AUT hat im Jahr 2021 das Kommunikationsplattformen-Gesetz eingeführt, das inländische und ausländische Anbieter von Kommunikationsplattformen verpflichtet, Melde- und Überprüfungsverfahren für potenziell rechtswidrige Inhalte einzurichten. Bei Verstößen kann die nationale Aufsichtsbehörde Geldstrafen in Höhe von bis zu 10 Mio. EUR verhängen. Nach der Rechtsauffassung von drei Plattformen mit Unternehmenssitz in Irland – Google Ireland, Meta Platforms Ireland sowie TikTok – verstößt dieses österreichische Gesetz gegen die E-Commerce-Richtlinie (2000/31/EG), da sie bereits in Irland einschlägiger nationaler Regulierung unterliegen. Der EuGH bestätigte durch sein Urteil diese Rechtsauffassung und betonte gleichzeitig den Grundsatz der Aufsicht des Herkunftsmitgliedstaats.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-11/cp230167de.pdf>

Forschung

Rat; Teilnahme von GBR an Programmen Horizont Europa und Copernicus

Am 15.10.2023 hat der Ministerrat die Teilnahme von GBR am Forschungsförderprogramm Horizont Europa und dem Programm zur Erdbeobachtung Copernicus gebilligt. Am 07.09.2023 hatte die Kommission dazu mit GBR bereits eine Grundsatzvereinbarung erzielt, welche nun bis zum Ende 2023 im dafür zuständigen Fachausschuss formalisiert werden soll. 2024 können sich Organisationen und einzelne Forschende aus GBR ab dem Arbeitsprogramm 2024 zu den gleichen Bedingungen wie Teilnehmer aus den EU-Mitgliedsstaaten für Förderung im Rahmen von Horizont Europa bewerben (abgesehen von einigen Ausnahmen wie dem Bereich Euratom). Zudem erhält GBR durch die Teilnahme am Copernicus-Programm Zugang zu den Weltraumbeobachtungsdiensten der EU. Die gebührenpflichtige Teilnahme von GBR an den Programmen unterliegt allen Regularien des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und GBR.

<https://nsl.consilium.europa.eu/dg/l/104100/ywjng7wskbzf6jaydj2tzaorfzh32ah4cxzqsorak6kl7rneaaefgfv57bx5o2abvjboqhz6qeu/drted63w2g673toqphu6nd5duvu>

Kommission; ENEF; Industriallianz für kleine modulare Reaktoren (SMR)

Am 06.11.2023 hat die Kommission die Schaffung einer Industriallianz zur Förderung der Entwicklung von SMR als Alternative zu herkömmlichen Reaktoren angekündigt. Angesichts der EU-Emissionsreduktionsziele bis 2050 müssten laut Energiekommissarin Kadri Simson die Potenziale aller erneuerbaren und kohlenstoffarmen Energiequellen genutzt werden. Beitragen zur Dekarbonisierung sollen aber auch SMR, deren erster erfolgreicher Anschluss an das europäische Stromnetz im Laufe des nächsten Jahrzehnts erfolgen soll. Die Kommission hat den Mitgliedsstaaten (MS) dazu ihre Unterstützung in Aussicht gestellt. Weitere Ziele sind die Einhaltung höchster Sicherheitsstandards bei der Entwicklung und die Koordinierung der Anstrengungen einzelner MS. Dafür soll die neue Allianz Anreize für den Markt schaffen, SMR-Projekte unterstützen und finanzieren, die Qualifikation der dafür benötigten Arbeitskräfte sicherstellen und die Produktion in EU-Lieferketten einbinden. Die Kommission will außerdem die Gesetzgeber auf nationaler Ebene bei der Erarbeitung von Regularien zur Nutzung von SMR unterstützen, um eine möglichst sichere und saubere Anwendung zu ermöglichen. Durch die Industriallianz will die EU zum Vorreiter in der Entwicklung modularer Reaktoren werden und so einen weiteren Schritt zur CO₂-Neutralität, strategischen Autonomie und zu einer gesicherten Energieversorgung gehen.

https://energy.ec.europa.eu/news/european-nuclear-energy-forum-2023-discusses-benefits-european-small-modular-reactors-smrs-2023-11-07_en

Kommission; Jährliche Forschungskonferenz

Vom 13.11.2023 bis zum 15.11.2023 fand in Brüssel die Annual Research Conference (jährliche Forschungskonferenz – ACR) der Kommission zum Thema „Europäische Integration, Institutionen und Entwicklung“ statt. Die ARC gilt als bedeutendes Forum für Forschungspolitik mit Wirtschaftsbezug in Europa und wird von der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen (GD ECFIN) und der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) organisiert. Die Konferenz begann mit Beiträgen zu der Frage, inwieweit Forschung Politik beeinflussen kann und sollte. Im weiteren Verlauf wurden auf der Konferenz zwölf Themenfelder in parallel stattfindenden Forschungssitzungen präsentiert und diskutiert, zwölf weitere zudem im Rahmen von sog. Poster-Sitzungen vorgestellt. Am letzten Tag der Konferenz fanden sich schließlich Wissenschaftler, europäische Beamte und Regierungsmitglieder in „Policy-Labs“ zusammen, um Vorschläge für die Zukunft der europäischen Integration zu erarbeiten. Diskutiert wurde u.a. über Förderstrategien, Innovationsprogramme, politische Repräsentation und die Institutionen der Zukunft. Die Konferenz wurde 2004 ins Leben gerufen und findet seit 2015 jährlich statt.

https://ec.europa.eu/economy_finance/arc2023/index.html

Kommission; Forschungsrat; Ausschreibungen; Consolidator Grants

Der Europäische Forschungsrat (ERC) hat am 23.11.2023 die Ergebnisse der jüngsten Consolidator Grant Ausschreibung 2023 veröffentlicht. Der ERC ist eine Agentur der Kommission, die auf Antrag wettbewerblich sehr renommierte Forschungsförderungen (Grants) vergibt. Mit einem Budget von 627 Mio. EUR werden laut Mitteilung des ERC in dieser Ausschreibungsrunde insgesamt 308 Projekte gefördert. 2.130 Anträge waren zur Deadline eingereicht worden. Die Erfolgsquote liegt damit bei 14,5%. Von den insgesamt 308 geförderten Projekten gehen 66 ERC Consolidator Grants an Einrichtungen in DEU, gefolgt von Einrichtungen in NDL mit 36 Grants sowie FRA und ESP mit jeweils 23 Grants. Die Förderung beläuft sich auf rd. 2 Mio. EUR für den Zeitraum von fünf Jahren. Aus Hessen waren bei dieser Förderrunde erfolgreich: Prof. Dr. Christian Münch, Biochemie, Goethe-Universität Frankfurt für das Projekt

Autoxitus: Molecular mechanisms and non-cell autonomous signalling, Prof. Dr. Thomas Schneider, Informatik, TU Darmstadt (Projekt Privtools, Tools for Protecting Data and Function Privacy), Prof. Dr.-Ing. Christian Graeff, GSI Helmholtz sowie TU Darmstadt (Projekt: PROMISE, Portal Range Monitoring in Mixed Ion Beam Surgery).
<https://erc.europa.eu/news-events/news/erc-2023-consolidator-grants-results>

Finanzdienstleistungen

Rat; Einigung auf gemeinsamen Standpunkt zu Beteiligungsketten

Der Rat hat am 17.11.2023 ein Mandat zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem EP über den Vorschlag zu Beteiligungsketten („Daisy Chains“) angenommen. Bei dem Vorschlag handelt es sich um eine Änderung der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD) und der Verordnung über den einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRMR). Die im Rat vereinbarten Änderungen zielen darauf ab, Definition und Anwendungsbereich von Liquidationseinheiten zu präzisieren und die Bedingungen für die Anwendung der konsolidierten Behandlung interner MREL – einer speziellen Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten, der Banken und andere Kreditinstitute mit Sitz in der EU unterliegen – näher zu erläutern. Damit soll ein Schritt hin zur Vollendung der Bankenunion gemacht werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/17/banking-union-council-agrees-common-position-on-daisy-chains/>

EZB; Finanzstabilitätsbericht 2023

In ihrem Finanzstabilitätsbericht vom 22.11.2023 sieht die Europäische Zentralbank (EZB) die Finanzmärkte weiterhin als fragil an. Die Auswirkungen der strafferen Geldpolitik seien noch nicht an ihrem Höhepunkt angekommen und belasteten zunehmend die Realwirtschaft. „Die schwachen Wirtschaftsaussichten und die Folgen der hohen Inflation belasten die Fähigkeit von Menschen, Unternehmen und Regierungen, ihre Schulden zu bedienen“, so EZB-Vizepräsident Luis de Guindos. Zunehmende geopolitische Spannungen betrachtet die EZB als weiteren Risikofaktor. Auch wenn das Bankensystem der Währungsunion grundsätzlich gut gegen diese Risiken gewappnet sei, drängt die EZB darauf, die Bankenunion zu vollenden, die verbliebenen Basel III-Reformen umzusetzen und die strukturellen Schwächen des Nichtbank-Finanzsektors anzugehen.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2023/html/ecb.pr231122~de2aae2739.en.html>

EuG; Urteil: Keine Entschädigung durch den Einheitlichen Abwicklungsfonds

Das Gericht der EU hat am 22.11.2023 in den verbundenen Rechtssachen T-302/20, T-303/20, T-307/29, T-304/20, T-330/20 und T-340/20 geurteilt, dass den Anteilseignern und Gläubigern der spanischen Banco Popular keine Entschädigung aus dem Einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund, SRF) zusteht. Die Banco Popular war 2017 über den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM) abgewickelt und vom Konkurrenten Santander übernommen worden. Erleiden Anteilseigner und Gläubiger in solchen Fällen einen größeren Schaden, als dies bei einem regulären Insolvenzverfahren der Fall gewesen wäre, steht ihnen eine Entschädigung aus dem SRF zu. Der Ausschuss für die einheitliche Abwicklung (Single Resolution Board, SRB), kam jedoch auf der Grundlage eines unabhängigen Gutachtens zu dem Ergebnis, dass ein reguläres Insolvenzverfahren zu demselben Ergebnis geführt hätte wie die Abwicklung. Diese Entscheidung hat das Gericht der

EU nun bestätigt. Es ist das erste Mal, dass es die Legalität einer solchen Entscheidung des SRB überprüft.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-11/cp230175en.pdf>

Finanzen

Rat; Sitzung Wirtschaft und Finanzen

Der Rat Wirtschaft und Finanzen hat sich in seiner Sitzung vom 09.11.2023 im Gesetzgebungsbereich mit der Reform des Rahmens für wirtschaftspolitische Steuerung befasst. Die Reform umfasst drei Vorschläge: Erstens geht es um eine Verordnung über die wirksame Koordinierung der Wirtschaftspolitik und die multilaterale haushaltspolitische Überwachung. Zweitens handelt es sich um eine Verordnung über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit sowie drittens eine Richtlinie über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten. Weiterhin hat sich der Rat mit den wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen von Russlands Krieg gegen die Ukraine, der Aufbau- und Resilienzfähigkeit sowie dem Verfahren des Europäischen Semesters befasst.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2023/11/09/>

Rat; EP; Einigung auf EU-Haushaltsplan 2024

Am 11.11.2023 haben Rat und EP eine Einigung über den Jahreshaushaltsplan der EU für 2024 erzielt. Die Mittel für Verpflichtungen werden auf insgesamt 189 385,4 Mio. EUR festgesetzt. Die Mittel für Zahlungen belaufen sich auf insgesamt 142 630,3 Mio. EUR. Es bleiben noch 360 Mio. EUR bis zur Ausgabenobergrenze des derzeitigen Mehrjährigen Finanzrahmens für 2021-2027 verfügbar. Dies soll es der EU ermöglichen, auf unvorhergesehene Ereignisse zu reagieren. Wichtige Prioritäten des Haushalts für 2024 sind die wirtschaftliche Erholung sowie der grüne und digitale Wandel. Rat und EP haben die erzielte Einigung bereits förmlich gebilligt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/11/eu-budget-for-2024-council-and-parliament-reach-agreement/>

Kommission; Herbstprognose 2023

Am 15.11.2023 hat die Kommission ihre Herbstprognose 2023 veröffentlicht. Darin rechnet sie für 2023 mit einem leichten BIP-Wachstum von 0,6% sowohl in der Eurozone als auch der gesamten EU. Damit korrigiert sie ihre Sommerprognose um 0,2 Prozentpunkte nach unten. Für 2024 geht die Kommission von einem Plus von 1,3% in der EU und 1,2% in der Eurozone aus. 2025 sollen es laut Prognose 1,7% in der EU und 1,6% im Euroraum sein. Für DEU rechnet die Kommission für 2023 mit einem leichten BIP-Rückgang um 0,3%; 2024 soll die Wirtschaft dagegen um 0,9% und 2025 um 1,2% wachsen. Die Inflation dürfte auch in den kommenden beiden Jahren klar über dem Zielwert von 2% liegen. Das gesamtstaatliche Defizit der Eurozone soll laut Prognose 2023 bei 3,2% des BIP liegen, die Schuldenquote bei 90,4%. Erstmals wurden auch die drei EU-Beitrittskandidaten Ukraine, Bosnien-Herzegowina und die Republik Moldau in die Prognose miteinbezogen.

https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-forecast-and-surveys/economic-forecasts/autumn-2023-economic-forecast-modest-recovery-ahead-after-challenging-year_en

Kommission; Herbstpaket zum Europäischen Semester 2023

Am 21.11.2023 stellte die Kommission ihr Herbstpaket zum Europäischen Semester vor. Sie leitete damit den Zyklus der wirtschaftspolitischen Koordinierung der Mitgliedstaaten (MS) für 2023/2024 ein. Das Herbstpaket besteht u.a. aus einer Überprüfung, ob die nationalen Haushaltspläne der MS die haushaltspolitischen Empfehlungen des Rates vom Juli 2023 umgesetzt haben. Im Falle der deutschen Haushaltsplanungen seien diese nicht vollständig umgesetzt. Mit Blick auf den Euroraum empfiehlt die Kommission für 2024 eine umsichtige Haushaltspolitik unter Auslaufen der Energiehilfen und gleichzeitiger Beibehaltung von Investitionen. Als weiteres Element des Herbstpakets stellt der Warnmechanismus-Bericht makroökonomische Ungleichgewichte in zwölf MS fest, darunter auch in DEU. Der EU-Arbeitsmarkt bleibe nach Aussicht der Kommission ist der Vorschlag für den gemeinsamen Beschäftigungsbericht hingegen widerstandsfähig.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_5871

Kommission; Positive Bewertung des neuen deutschen Aufbauplans

Die Europäische Kommission hat den überarbeiteten deutschen Aufbau- und Resilienzplan positiv bewertet. Dieser umfasst nun Zuschüsse in Höhe von 28 Mrd. EUR. Der geänderte Plan sieht zusätzliche Investitionen zur Finanzierung grüner Fernwärmenetze, des privaten Erwerbs von Elektrofahrzeugen und der Errichtung einer Ladeinfrastruktur vor. Im Vergleich zu vorherigen Plan werden nun 47% der verfügbaren Mittel für Klimaschutzmaßnahmen vorgesehen; zuvor waren es 42%. Der deutsche Änderungsantrag folgte auf die Aufwärtskorrektur des Höchstbetrages für die Mittelzuweisung aus der Aufbau- und Resilienzfazilität von 25,6 Mrd. EUR auf 28 Mrd. EUR.

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/eu-kommission-bewertet-deutschen-uberarbeiteten-aufbau-und-resilienzplan-positiv-2023-11-16_de

Soziales

Kommission; Maßnahmenpaket für Fachkräftezuwanderung vorgelegt

Am 15.11.2023 hat die Kommission ein Paket zur Kompetenz- und Fachkräftemobilität aus Drittstaaten vorgelegt. Dieses umfasst einen Verordnungsvorschlag für einen EU-Talentpool, mit dem die Anwerbung von Fachkräften aus Drittstaaten in definierten „Mangelberufen“ auf EU-Ebene erleichtert werden soll. Mit einer als Leitfaden gefassten Empfehlung strebt die Kommission zudem an, die Anerkennung von Kompetenzen und Qualifikationen in den Mitgliedstaaten zu unterstützen und zu erleichtern. Als dritten Baustein enthält das Paket einen Vorschlag für eine Ratsempfehlung, um die Lernmobilität innerhalb des Unionsgebietes auszuweiten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_5740

Kommission; Geschlechtsspezifisches Lohngefälle in der EU beträgt 13%

Der 15.11.2023 war der Europäische Tag der Lohngleichheit. Dies teilte die Kommission mit. Der Europäische Tag der Lohngleichheit symbolisiert, wie viele Extra-Tage Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen bis Jahresende arbeiten müssen, um in diesem Jahr auf das gleiche Entgelt zu erhalten. Somit liege das durchschnittliche geschlechtsspezifische Lohngefälle in der EU bei 13%. Eine Frau bekomme für jeden Euro, den ein Mann verdient, also nur 0,87 Euro.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_23_5692

ECDC; Maßnahmen gegen antimikrobielle Resistenzen

Am 17. 11.2023 teilte das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) mit, dass zwischen 2019 und 2022 insgesamt einige Fortschritte bei der Erreichung des Ziels erzielt wurden, den Einsatz antimikrobieller Mittel bis 2030 um 20% zu senken. Die Bekämpfung antimikrobieller Resistenzen stellt für die Kommission eine oberste Priorität im Gesundheitsbereich dar. Trotz dieses positiven Trends hinsichtlich der Abnahme des Einsatzes von Antibiotika, stieg der Verbrauch wieder 2022 an. Eine von der OECD im Auftrag der Kommission durchgeführte Studie warnt, dass durch Antibiotikaresistenzen in den EU/EWR-Länder jährlich rund 11,7 Mrd. EUR an Gesundheitskosten verursachen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_23_586

EP; Annahme des Standpunktes zur Richtlinie über die Reparatur von Waren

Am 21.11.2023 hat das EP mit 590 Stimmen bei 15 Gegenstimmen und 15 Enthaltungen den Bericht von MdEP René Repasi (S&D/DEU) zur Richtlinie über gemeinsame Vorschriften zur Förderung der Reparatur von Waren angenommen. Das „Recht auf Reparatur“ soll es Verbraucherinnen und Verbrauchern künftig erleichtern, fehlerhafte Waren zu reparieren und somit Abfall zu reduzieren und die Reparaturbranche zu fördern. Das Verhandlungsmandat des EP sieht vor, die gesetzliche Garantiezeit um ein Jahr nach der Reparatur zu verlängern. Während der Garantiezeit sollen Verkäufer grundsätzlich verpflichtet sein, Waren zu reparieren statt zu ersetzen. Für Geräte wie Waschmaschinen, Staubsauger, Smartphones und Fahrräder sollen Verbraucherinnen und Verbraucher auch noch nach Ablauf der Garantiezeit eine Reparatur verlangen können. Für die Dauer der Reparatur soll ein Leihgerät zur Verfügung gestellt werden. Außerdem fordern die Abgeordneten, dass die für die Reparatur notwendigen Ersatzteile, Informationen und Werkzeuge für Reparaturbetriebe und Endverbraucher zu angemessenen Preisen angeboten werden. Reparaturbetriebe und Verkäufer, die überholte Waren anbieten, sollen künftig über Online-Plattformen zu finden sein. Der Standpunkt des EP sieht auch vor, dass die Mitgliedstaaten Reparaturen mit Gutscheinen und finanziellen Anreizen attraktiver und kostengünstiger machen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20231117IPR12211/reparieren-statt-ersetzen-neue-eu-regeln-fur-nachhaltiges-verbraucherverhalten>

Rat; Allgemeine Ausrichtung zur Richtlinie über die Reparatur von Waren

Der Rat hat am 22.11.2023 seine Position zur Richtlinie über die Reparatur von Waren angenommen. Der Rat unterstützt die Ziele des Kommissionsvorschlags, schlägt jedoch auch Änderungen vor. Die allgemeine Ausrichtung sieht vor, Hersteller zu verpflichten, Reparaturen lediglich innerhalb einer angemessenen Frist und, sofern die Dienstleistung nicht kostenlos erbracht wird, zu einem angemessenen Preis durchzuführen. Der Rat fordert, dass nur Werkstätten, die gesetzlich zur Reparatur verpflichtet sind, das standardisierte EU-Formular für Reparaturinformationen auf Anfrage vorlegen müssen. Damit soll der Verwaltungsaufwand insbesondere für kleine Reparaturbetriebe verringert werden. Mit dem Standpunkt des Rates wird eine einheitliche europäische Online-Reparaturplattform vorgeschlagen, die auf EU-Ebene konzipiert und betrieben werden soll. Die Mitgliedstaaten sollen jedoch weiterhin die Möglichkeit haben, bestehende nationale Online-Reparaturplattformen beizubehalten oder neue einzurichten, wenn sie die in der Richtlinie festgelegten Bedingungen erfüllen. Außerdem fordert der Rat das Recht für Verbraucherinnen und Verbraucher, bei fehlerhaften Produkten innerhalb der Gewährleistungsfrist des Verkäufers zwischen Nachbesserung und Ersatzlieferung wählen zu können. Die allgemeine

Ausrichtung des Rates sieht weiterhin eine um sechs Monate verlängerte Umsetzungsfrist vor, um den Unternehmen mehr Zeit zur Anpassung an die neuen Anforderungen einzuräumen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/22/circular-economy-council-adopts-position-on-a-directive-that-enshrines-consumers-right-to-repair/>

U m w e l t

Kommission; Konsultation zu Maßnahmen gegen den Asiatischen Eschenprachtkäfer

Die Kommission hat am 10.11.2023 eine Konsultation über eine Durchführungsverordnung zu Maßnahmen gegen den Asiatischen Eschenprachtkäfer (*Agrilus planipennis*) eröffnet. Mit der Durchführungsverordnung reagiert die Kommission auf das jüngste Vorkommen von Asiatischen Eschenprachtkäfern in benachbarten Nicht-EU-Staaten und schlägt Maßnahmen vor, die die Ansiedlung und Verbreitung des Schädling innerhalb der EU verhindern sollen. Rückmeldungen sind bis zum 08.12.2023 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14026-Measures-related-to-specific-plant-pests-Agrilus-planipennis_de

Kommission; Genehmigung 171 neuer LIFE-Projekte zu Umwelt und Klima

Am 14.11.2023 hat die Kommission im Rahmen des LIFE-Programms für Umwelt- und Klimapolitik 171 neue Projekte in ganz Europa genehmigt. Diese Projekte umfassen ein Volumen von über 396 Mio. EUR und mobilisieren durch den Kofinanzierungsbedarf des Programms Investitionen in Höhe von mehr als 722 Mio. EUR, was einem Anstieg um 28,5% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die EU unterstützt Projekte aus nahezu allen Mitgliedstaaten in den Teilprogrammen Natur und biologische Vielfalt, Kreislaufwirtschaft und Lebensqualität, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, sowie der Energiewende. Diese Projekte sollen dazu beitragen, die Ziele des Grünen Deals zu erreichen, und dabei insbesondere das Ziel der Klimaneutralität bis 2050. 13 dieser Projekte werden von Institutionen oder Unternehmen aus DEU geleitet. Das Projekt „European Practitioners for Integrated Home Renovation Services (EU Peers)“ wird vom Klima-Bündnis mit Sitz in Frankfurt am Main koordiniert und erhält rund 2,4 Mio. EUR von der EU, um die Entwicklung Integrierter Hausrenovierungsdienste (IHRS) zur Beschleunigung der energetischen Sanierung von Wohngebäuden in der EU zu unterstützen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_5736

EuGH; Schlussanträge zur Auslegung der Wasserrahmen-Richtlinie

Am 16.11.2023 hat der Generalanwalt am EuGH Athanasios Rantos seine Schlussanträge in der Rechtssache C-671/22 verlesen. Darin vertritt er die Ansicht, dass unter einer „anthropogenen Störung“ im Kontext der Beurteilung des ökologischen Zustands der Fischfauna in einem Gewässer jede Störung zu verstehen ist, der eine menschliche Tätigkeit zugrunde liegt. Dazu zählten laut Auffassung des Generalanwalts auch Änderungen, die die Zusammensetzung und Anzahl der Fischarten beeinträchtigen kann, wie z.B. Maßnahmen der Fischbewirtschaftung. Vorausgegangen war ein Rechtsstreit über einen Antrag zur Errichtung einer Bootshütte am Weißensee in Kärnten (AUT) der T-GmbH. Der Bauantrag wurde jedoch von der Bezirkshauptmannschaft Spittal an der Drau aufgrund der unbefriedigenden Qualität der Fischfauna und des Gesamtzustandes des Sees in

Folge falscher Fischbewirtschaftung abgelehnt worden war. Das österreichische Revisionsgericht legte dem EuGH daher die Frage vor, ob die Begriffsbestimmungen über den ökologischen Zustand von Seen der Wasserrahmenrichtlinie ausschließlich anthropogene Einflüsse auf die physikalisch-chemischen und hydromorphologischen Qualitätskomponenten als „störende Einflüsse“ umfassten.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=279787&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=193006>

Rat; EP; Einigung über die Verordnung über die Verbringung von Abfällen

Am 16.11.2023 haben die Unterhändler von Rat und EP eine vorläufige Einigung über die Anpassung der Verordnung über die Verbringung von Abfällen erzielt. Die Überarbeitung der Verordnung zielt darauf ab, die Verbringung von Abfällen außerhalb der EU zu reduzieren, die Verbringungsverfahren im Hinblick auf die Ziele der Kreislaufwirtschaft zu aktualisieren und die Durchsetzung zu verbessern. Zu diesen Zwecken enthält die Verordnung spezifische Vorgaben für den Export von Abfällen in Nicht-EU-Staaten sowie für die Verbringung von Plastikabfällen. Außerdem sollen künftig auch für die Abfallverbringung innerhalb der EU strengere Anforderungen gelten. Der Transport von Abfällen zur Entsorgung in andere Mitgliedstaaten (MS) soll nur in Ausnahmefällen und nach schriftlicher Anmeldung und Zustimmung (sog. PIC-Verfahren) möglich sein. EU-Ausfuhren bestimmter nicht gefährlicher Abfälle zur Verwertung werden nur in Nicht-OECD-Länder zugelassen, die ihre Zustimmung erteilen und die Kriterien für eine umweltverträgliche Behandlung dieser Abfälle erfüllen. Die Kommission wird eine Liste solcher Empfängerländer erstellen. Laut der Einigung soll die Kommission die Daten und Informationen über die Genehmigungen für Abfallverbringungen veröffentlichen und regelmäßig aktualisieren. Des Weiteren werden die MS aufgefordert, Sanktionen für Verstöße festzulegen, die z.B. Geldstrafen oder die vorübergehende Aussetzung von Genehmigungen für die Abfallbewirtschaftung und Abfallverbringung umfassen können.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/17/waste-shipments-council-and-parliament-reach-agreement-on-more-efficient-and-updated-rules/>

Rat; Verhandlungsposition zur Verordnung über die digitale Kennzeichnung von EU-Düngeprodukten

Der Rat hat am 17.11.2023 seinen Standpunkt zur Änderung der Verordnung über die digitale Kennzeichnung von EU-Düngeprodukten festgelegt. Durch die verbesserte Lesbarkeit der Etiketten soll die Verwendung von Düngeprodukten effizienter werden, während die Kennzeichnungspflichten für Lieferanten vereinfacht und Kosten gesenkt werden sollen. Im Vergleich zum Vorschlag der Kommission fordert der Rat, dass immer ein physisches Etikett für solche Produkte bereitgestellt werden muss, die für Endverbraucherinnen und Endverbraucher bestimmt sind, unabhängig davon, ob sie mit oder ohne Verpackung verkauft werden. Weiterhin setzt sich der Rat für mehr freiwillige Elemente auf digitalen Etiketten ein, um übermäßigen Verwaltungsaufwand zu vermeiden, und fordert eine bessere Rückverfolgbarkeit durch verpflichtende Informationen über die Importeure von Düngemitteln auf digitalen Etiketten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/17/council-adopts-position-on-digital-labelling-in-the-fertilisers-sector/>

Rat; Verhandlungsposition zur Schaffung eines Unionsrahmens für die Zertifizierung von CO₂-Entnahmen

Am 17.11.2023 hat der Rat seinen Standpunkt zur Verordnung zur Schaffung eines Unionsrahmens für die Zertifizierung von CO₂-Entnahmen festgelegt. Mit der Verordnung soll der erste EU-weite freiwillige Zertifizierungsrahmen für den

Kohlenstoffabbau eingerichtet werden, der den CO₂-Abbau besser quantifizierbar und überprüfbar machen soll. Die vorgeschlagene Verordnung deckt verschiedene Arten des Kohlenstoffabbaus ab, darunter die dauerhafte Kohlenstoffspeicherung durch industrielle Technologien, direkte Luftabscheidung mit Abscheidung und Speicherung, die Kohlenstoffbewirtschaftung (z. B. Wiederherstellung von Wäldern und Böden sowie Feuchtgebietsmanagement) und die Kohlenstoffspeicherung in langlebigen Produkten (z. B. Holzbau). Das Mandat des Rates erweitert den Anwendungsbereich, um auch bestimmte Arten von Kohlenstoffbewirtschaftungstätigkeiten einzubeziehen, die Emissionen aus landwirtschaftlichen Böden reduzieren. Der Rat hält an der Forderung des Kommissionsvorschlags fest, dass Maßnahmen zur Kohlenstoffabscheidung und zur Verringerung von Bodenemissionen die vier Kriterien der Quantifizierung, Zusätzlichkeit, langfristiger Speicherung und Nachhaltigkeit erfüllen müssen, um zertifiziert zu werden. Der Rat hat jedoch einige Änderungen vorgenommen, um zukünftige delegierten Rechtsakte, in denen diese Methoden entwickelt werden, genauer zu definieren.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/17/climate-neutrality-council-ready-to-start-talks-with-parliament-on-eu-carbon-removals-certification-framework/>

EP; Annahme des Standpunktes zum EU-Zertifizierungsrahmen für den CO₂-Abbau

Das EP hat am 21.11.2023 mit 448 zu 65 Stimmen bei 114 Enthaltungen den Bericht von MdEP Lídia Pereira (EVP/PTL) über die Verordnung zur Schaffung eines Unionsrahmens für die Zertifizierung von CO₂-Entnahmen angenommen. Die Abgeordneten sprechen sich dafür aus, dass der Zertifizierungsrahmen internationalen Standards entsprechen muss und ein künftiges EU-Register für die Zertifizierung des CO₂-Abbaus dazu dienen soll, Doppelzählungen zu vermeiden sowie der Öffentlichkeit transparent Informationen zur Verfügung zu stellen. Das Verhandlungsmandat des EP betont weiterhin die Notwendigkeit, eine Unterscheidung zwischen CO₂-Abbau, klimaeffizienter Landwirtschaft und CO₂-Speicherung in Produkten aufgrund unterschiedlicher Verfahren und Umweltauswirkungen vorzunehmen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20231117IPR12212/co2-abbau-eu-zertifizierungsrahmen-soll-zur-klimaneutralitaet-beitragen>

EP; Resolution zur UN-Klimakonferenz (COP28)

Das EP hat am 21.11.2023 mit 462 zu 134 Stimmen bei 30 Enthaltungen seine Resolution zu den strategischen Zielen der EU im Vorfeld der UN-Klimakonferenz (COP28) angenommen. Die Abgeordneten fordern so schnell wie möglich ein weltweites Ende aller direkten und indirekten Subventionen für fossile Brennstoffe, spätestens jedoch bis 2025. Weiterhin sprechen sich die Abgeordneten für das Ziel der Verdreifachung der erneuerbaren Energien sowie der Verdoppelung der Energieeffizienz bis 2030 aus. Außerdem soll ein schnellstmöglicher Ausstieg aus fossilen Brennstoffen sowie ein Stopp neuer Investitionen in die Förderung fossiler Brennstoffe angestrebt werden. Die Resolution fordert zudem eine Erhöhung der internationalen Klimafinanzierung. Die Abgeordneten betonen die Bedeutung des Schutzes und der Wiederherstellung von Biodiversität. Außerdem sollen Methanemissionen sowie weitere klimaschädliche Auswirkungen in Sektoren, wie dem internationalen Schiffs- und Luftverkehr, der Landwirtschaft und der Verteidigung, erheblich reduziert werden.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20231117IPR12108/cop28-meps-want-to-end-all-subsidies-for-fossil-fuel-globally-by-2025>

Kommission; Konsultation zum Prüfverfahren der CO2-Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge

Die Kommission hat am 17.11.2023 eine Konsultation über das Prüfverfahren der CO2-Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge eröffnet. Die Genehmigungsbehörden und Hersteller schwerer Nutzfahrzeuge sind dazu verpflichtet, sicherzustellen, dass die in den Fahrzeugdokumenten erfassten CO2-Emissionen den Prüfergebnissen dieses Fahrzeugs entsprechen. Mit der geplanten delegierten Verordnung sollen Kriterien für die Verfahren festgelegt werden, mit denen die „Überprüfung im Betrieb“ der erfassten CO2-Emissionen von Lastkraftwagen und Zugmaschinen kontrolliert werden soll. Ziel ist es, alle möglichen Methoden zur Verfälschung der CO2-Emissionsergebnisse oder des Kraftstoffverbrauchs der Fahrzeuge bei der Typgenehmigungsprüfung zu erkennen. Die Konsultation ist bis zum 15.12.2023 für Rückmeldungen geöffnet.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13158-CO2-Emissionen-schwerer-Nutzfahrzeuge-Lastkraftwagen-und-Zugmaschinen-Prufverfahren_de

EP; Annahme des Standpunktes zu CO2-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge

Mit 445 zu 152 Stimmen bei 30 Enthaltungen hat das EP am 21.11.2023 seinen Standpunkt zur Änderung der Verordnung zur Festlegung von CO2-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge festgelegt. Die Abgeordneten fordern strenge Reduktionsziele für die CO2-Emissionswerte von schweren Nutzfahrzeugen, einschließlich Fahrzeugen wie z.B. Müllwagen oder Betonmischer, und Busse. Der Bericht von MdEP Bas Eickhout (GRÜNE/NDL) sieht vor, dass die CO2-Emissionen für den Zeitraum von 2030 bis 2034 um 45%, von 2035 bis 2039 um 65% und ab 2040 um 90% reduziert werden. Der Rat hatte sich in seiner allgemeinen Ausrichtung auf die gleichen Reduktionsziele geeinigt. Außerdem stimmen die Abgeordneten dem Vorschlag der Kommission zu, bis 2030 nur noch emissionsfreie neue Stadtbusse zuzulassen. Die Abgeordneten sprechen sich jedoch dafür aus, dass die Mitgliedstaaten (MS) bis 2035 eine befristete Ausnahmeregelung für mit Biomethan betriebene Stadtbusse beantragen können, wobei sie Bedingungen an die Betankungsinfrastruktur sowie die Herkunft des Biomethans knüpfen. Darüber hinaus fordern die MdEP, dass die Kommission nach Inkrafttreten der Verordnung ein Forum „Emissionsfreie schwere Nutzfahrzeuge“ einberuft, in dem die beteiligten Akteure zusammen mit den MS und Herstellern am Aufbau einer Lade- und Tankstelleninfrastruktur arbeiten können. Der Standpunkt sieht weiterhin vor, dass die Kommission bis zum 31.12.2026 einen Bericht vorlegen soll, in dem sie die Möglichkeit der Entwicklung einer gemeinsamen EU-Methode für die Bewertung der CO2-Emissionen über den gesamten Lebenszyklus von neuen schweren Nutzfahrzeugen und für die kohärente Datenübermittlung bewertet.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20231117IPR12204/parliament-backs-new-rules-to-reduce-air-pollution-from-trucks-and-buses>

Rat; EP; Vorläufige Einigung zur Änderung der WEEE-Richtlinie

Am 21.11.2023 haben Rat und EP eine vorläufige Einigung über die Änderung der Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (WEEE-Richtlinie) erzielt. Durch die Änderungen soll die Richtlinie in Einklang mit einem Urteil des EuGH zur ungerechtfertigten rückwirkenden Anwendung der erweiterten Herstellerverantwortung auf Abfälle aus Photovoltaikmodulen zwischen dem 13.08.2005 und dem 13.08.2012 gebracht werden. Mit der vorläufigen Einigung heben Rat und EP die Verbindungen mit den einschlägigen Bestimmungen der Abfallrahmenrichtlinie hervor und stellen klar, dass die Kosten für die Bewirtschaftung und Entsorgung von Abfällen aus Photovoltaikmodulen, die nach dem 13.08.2012 in

Verkehr gebracht wurden, vom Hersteller der Elektro- und Elektronikgeräte zu tragen sind. Die erweiterte Herstellerverantwortung für Elektro- und Elektronikgeräte, die 2018 in den Geltungsbereich der Richtlinie aufgenommen wurden, soll für die Produkte gelten, die nach diesem Datum in Verkehr gebracht wurden. Die vorläufige Einigung führt eine Überprüfungsklausel ein, nach der die Kommission bis spätestens 2026 die Notwendigkeit einer Überarbeitung der Richtlinie bewerten muss. Falls erforderlich, soll die Kommission anschließend einen Legislativvorschlag sowie eine sozioökonomische und ökologische Folgenabschätzung vorlegen. Der Text der Vereinbarung sieht vor, dass die Kommission auch sicherstellen soll, dass die Kosten für die Entsorgung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten nicht unverhältnismäßig auf die Verbraucherinnen und Verbraucher umgelegt werden.
<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/21/waste-from-electrical-and-electronic-equipment-council-and-parliament-agree-on-deal-to-align-with-court-ruling/>

Kommission; Veröffentlichung der neuen Ökodesign-Vorschriften für Haushaltswäschetrockner

Die Kommission hat am 22.11.2023 im Rahmen eines Durchführungsrechtsaktes die neuen Ökodesign-Vorschriften für Haushaltswäschetrockner veröffentlicht. Ziel ist es, den Energieverbrauch zu senken und die Reparatur von defekten Geräten zu erleichtern. Die neuen Vorschriften ersetzen die bisherigen Ökodesign-Vorschriften und lassen künftig nur noch Wäschetrockner mit Wärmepumpentechnologie zu. Das neue Energieetikett, das für ab dem 01.07.2025 in Verkehr gebrachte Wäschetrockner gelten wird, wird von A+++ bis D auf A bis G umgestuft. Außerdem müssen die Hersteller künftig eine Ersatzteilliste für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für Reparaturbetriebe zur Verfügung stellen, um Anreize für die Reparatur von defekten Geräten statt für deren Austausch zu schaffen.

https://energy.ec.europa.eu/news/commission-announces-new-ecodesign-and-energy-labelling-rules-household-tumble-dryers-2023-11-22_de

EP; Annahme des Standpunktes zur Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle

Das EP hat am 22.11.2023 seinen Standpunkt zur Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfällen mit 426 Stimmen bei 125 Gegenstimmen bei 74 Enthaltungen angenommen. Der von MdEP Frédérique Ries (RN/BEL) vorgelegte Bericht zielt darauf ab, die wachsende Menge an Verpackungsabfällen zu reduzieren und die Wiederverwendung und das Recycling von Verpackungen zu fördern. Daher sprechen sich die Abgeordneten für eine Reduzierung von Verpackungen um 5% bis 2030, 10% bis 2035 und 15% bis 2040 aus. Für Kunststoffverpackungen sollen strengere Reduktionsziele gelten, nämlich 10% bis 2030, 15% bis 2035 und 20% bis 2040. Der Standpunkt des EP sieht vor, den Verkauf von sehr leichten Plastiktragetaschen zu verbieten, außer diese sind auf hygienischen Gründen erforderlich oder dienen als Primärverpackung für lose Lebensmittel. Bestimmte Einwegverpackungen, wie z.B. Miniaturverpackungen in Hotels, sollen deutlich eingeschränkt werden. Die MdEP fordern außerdem ein Verbot von per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) sowie Bisphenol A in Verpackungen, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen. Des Weiteren setzen sich die Abgeordneten dafür ein, Anforderungen für die Wiederverwendung und Wiederbefüllung von Verpackungen zu definieren. Das Verhandlungsmandat des EP sieht vor, dass alle Verpackungen recycelbar sein müssen. Für Lebensmittelverpackungen, z.B. aus Holz und Wachs, sind jedoch zeitlich befristete Ausnahmen vorgesehen. Das Verhandlungsmandat des EP sieht außerdem vor, dass die Mitgliedstaaten bis 2029 90% der in Verpackungen enthaltenen Materialien, wie Kunststoff, Holz, Eisenmetalle,

Aluminium, Glas, Papier und Pappe, getrennt sammeln. Die Trilog-Verhandlungen können beginnen, sobald der Rat seine allgemeine Ausrichtung angenommen hat.
<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20231117IPR12213/kampf-gegen-verpackungsmull-neue-regeln-fur-den-umweltschutz>

Landwirtschaft

Kommission; Konsultation zur Bewertung der Verordnung zum Schutz des Meeresbodens gegen die Auswirkungen der Grundschleppnetzfisherei

Am 13.11.2023 hat die Kommission eine Konsultation zur Bewertung einer Verordnung aus dem Jahr 2010 zum Schutz empfindlicher Tiefseeökosysteme vor den schädlichen Auswirkungen von Grundfanggeräten eröffnet. Ziel dieser Bewertung ist es, festzustellen, wie die Verordnung durchgeführt wurde, um eine faktenbasierte Grundlage für weitere Folgemaßnahmen zu schaffen. Rückmeldungen können bis zum 05.02.2024 eingereicht werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/1884-Schutz-des-Meeresbodens-gegen-die-schadlichen-Auswirkungen-der-Grundschleppnetzfisherei-Bewertung_de

Kommission; Verstärkte Kontrolle des Fischereimanagements im Mittelmeer und im Schwarzen Meer

Die Kommission hat am 13.11.2023 bekanntgeben, dass die EU und ihre Nachbarstaaten sich auf der 46. Jahrestagung der Allgemeinen Kommission für die Fischerei im Mittelmeer (GFCM) auf die Einführung neuer Maßnahmen geeinigt haben, mit denen die Tätigkeiten aller Flotten, die im Mittelmeer und im Schwarzen Meer Fischfang betreiben, verfolgt und die verschiedenen mehrjährigen Bewirtschaftungspläne geteilt werden sollen. Um gleiche Wettbewerbsbedingungen bei der Kontrolle und Bewirtschaftung der Fischereien im Mittelmeer und im Schwarzen Meer zu schaffen, soll noch in diesem Jahr ein Patrouillenschiff der Europäischen Fischereiaufsichtsagentur (EFCA) eingesetzt werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_5695

Rat; Annahme der überarbeiteten Fischereikontrollregelung der EU

Am 13.11.2023 hat der Rat die überarbeitete EU-Fischereiverordnung verabschiedet. Die Regelung aktualisiert rund 70% der bisher geltenden Vorschriften und soll dazu beitragen, dass die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) auch weiterhin in den Gewässern der EU eingehalten wird. Die Änderungen beinhalten eine Überwachung der Fischereifahrzeuge durch Satelliten, die elektronische Erfassung aller Fänge und eine einheitliche Sanktionsregelung. Darüber hinaus soll die Rückverfolgbarkeit der Lieferkette verbessert und die Toleranzspanne zwischen geschätzten und tatsächlichen Fangmengen flexibler gestaltet werden. Um die illegale, nicht gemeldete und unregulierte Fischerei einzudämmen, wird mit der Verordnung auch ein digitales System zur Verwaltung von Fangbescheinigungen eingeführt. Die Fischereikontrolle wird weiterhin von den nationalen Behörden der Mitgliedstaaten mit Unterstützung der Kommission und der Europäischen Fischereiaufsichtsagentur (EUFA) durchgeführt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/13/combating-overfishing-council-adopts-revised-rules-for-the-eu-s-fisheries-control-system/>

Rat; Annahme der FSDN-Verordnung

Der Rat hat am 13.11.2023 die Verordnung über das Datennetz für die Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Betriebe (FSDN) angenommen. Neben Wirtschaftsdaten, die

bereits im Rahmen der Verordnung über das Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen (INLB) erhoben werden, sollen auch Umwelt- und Sozialdaten erfasst werden. Ziel dieser erweiterten Datenerhebung ist es, die Nachhaltigkeit der Lebensmittelsysteme der EU zu verbessern, indem die erhobenen Daten für die Forschung und Politikgestaltung genutzt werden. Außerdem soll der Verwaltungsaufwand durch die Verknüpfung mit anderen Datenerhebungen verringert und die Beratung der Landwirte und Landwirtinnen verbessert werden. Die Beteiligung an der Datenerhebung erfolgt auf freiwilliger Basis. Die Mitgliedstaaten sind jedoch angehalten, Anreize für die Bereitstellung von Daten durch die Landwirtinnen und Landwirte zu schaffen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/13/council-adopts-farm-sustainability-data-network-regulation/>

Kommission; Mitgliedstaaten (MS): Verlängerung von Glyphosat um 10 Jahre

Die MS konnten im Berufungsausschuss am 16.11.2023 keine qualifizierte Mehrheit für die Verlängerung oder Ablehnung der Zulassung von Glyphosat erzielen. Diese Entscheidung folgte auf eine frühere Abstimmung im Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel (SCoPAFF) am 13.10.2023, bei der die MS ebenfalls keine erforderliche Mehrheit für eine Verlängerung oder Ablehnung des Vorschlags erreicht hatten. Angesichts mangelnder erforderlicher Mehrheiten ist nun die Kommission verpflichtet, vor Ablauf der aktuellen Zulassung am 15.12.2023 eine Entscheidung zu treffen. Die Kommission kündigte an, auf der Grundlage der Sicherheitsbewertungen, die von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) zusammen mit den MS durchgeführt wurden, die Zulassung von Glyphosat für einen Zeitraum von zehn Jahren zu verlängern, wobei bestimmte neue Bedingungen und Einschränkungen gelten sollen. Zu diesen Einschränkungen gehören z.B. ein Verbot der Verwendung von Glyphosat als Sikkationsmittel vor der Ernte und die Notwendigkeit bestimmter Maßnahmen zum Schutz von Nichtzielorganismen. Für die nationale Zulassung glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel sind die MS zuständig. Die Verwendung von Glyphosat in Pflanzenschutzmitteln kann weiterhin auf nationaler und regionaler Ebene eingeschränkt werden, wenn die MS dies aufgrund der Ergebnisse von Risikobewertungen für erforderlich halten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_23_5792

Kommission; Finanzierung von Absatzförderungsmaßnahmen für Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse

Die Kommission hat am 17.11.2023 angekündigt, im Jahr 2024 185,9 Mio. EUR für Absatzförderungsmaßnahmen von nachhaltigen und hochwertigen Agrar- und Ernährungsprodukten aus der EU auf nationaler und internationaler Ebene bereitzustellen. Ziel des Arbeitsprogramms für die Absatzförderungs politik 2024 ist die Entwicklung neuer Marktchancen für die Landwirtschaft sowie die Lebensmittelindustrie. Dabei sollen insbesondere das Bewusstsein von Verbraucherinnen und Verbrauchern für das EU-Bio-Logo und die Qualitätsregelungen der EU erhöht sowie der Verzehr von frischem Obst und Gemüse gefördert werden. Die für 2024 geplanten Kampagnen haben ein Budget von 81,3 Mio. EUR bzw. 85,1 Mio. EUR und sind gleichermaßen für die Förderung des Absatzes im EU-Binnenmarkt sowie in Drittländern, wie z.B. GBR oder China, vorgesehen. Die Kommission beteiligt sich durch die Kofinanzierung von bis zu 80% an ausgewählten Projekten, die von privaten Akteuren eingereicht werden. Zudem wird sie eigene Kommunikationskampagnen in Drittländern durchführen. Die Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen für die Kampagnen für 2024 werden vom 18.01.2024 bis zum

14.05.2024 laufen. Diese werden von der Europäischen Exekutivagentur für die Forschung (REA) verwaltet.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_5816

Kommission; Konsultation zu bei Tierarzneimitteln verwendeten Abkürzungen und Piktogrammen

Die Kommission hat am 17.11.2023 eine Konsultation eröffnet, im Rahmen derer eine Liste mit Abkürzungen und Piktogrammen erstellt werden soll, die bei Tierarzneimitteln verwendet werden sollen. Diese Abkürzungen und Piktogramme sollen künftig Informationen bei der Kennzeichnung der Primärverpackung sowie der äußeren Umhüllung von Tierarzneimitteln ersetzen. Damit soll der Text auf der Etikettierung von Tierarzneimitteln reduziert und die Verwendung von mehrsprachigen Verpackungen erleichtert werden. Rückmeldungen sind bis zum 15.12.2023 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13802-Tierarzneimittel-Liste-der-bei-der-Kennzeichnung-zu-verwendenden-Abkürzungen-und-Piktogramme_de

Kommission; Konsultation zur Größe kleiner Primärverpackungseinheiten von Tierarzneimitteln

Am 17.11.2023 hat die Kommission eine Konsultation über die Größe kleiner Primärverpackungseinheiten von Tierarzneimitteln eröffnet. Im Rahmen der Durchführungsverordnung sollen gemeinsame Vorschriften für die Größe solcher Verpackungen festgelegt werden. Ziel dieser einheitlichen Regeln ist u.a. die Verringerung des Verwaltungsaufwands für die Zulassungsstellen von Tierarzneimitteln. Die Konsultation ist bis zum 15.12.2023 für Rückmeldungen geöffnet.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13801-Tierarzneimittel-einheitliche-Vorschriften-fur-die-Gro%C3%9Fe-kleiner-Primarverpackungseinheiten_de

Kommission; Konsultation über digitale Ursprungszeugnisse für brasilianische Erzeugnisse

Die Kommission hat am 17.11.2023 eine Konsultation über die Änderung der digitalen Ursprungszeugnisse für brasilianische Erzeugnisse eröffnet. Diese Änderung ist notwendig, da die erforderlichen Ursprungszeugnisse für die Einfuhr bestimmter Erzeugnisse aus Brasilien seit März 2023 zwar elektronisch ausgestellt, aber aufgrund der aktuell geltenden Regelungen nicht von den Zollbehörden der EU akzeptiert werden können. Des Weiteren soll mit der geplanten Durchführungsverordnung spezifiziert werden, welche Mitteilungen die Mitgliedstaaten der Kommission für die Gewährleistung der ordnungsgemäßen Verwaltung der Zollkontingente übermitteln müssen. Die Konsultation ist bis zum 15.12.2023 für Rückmeldungen geöffnet.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13857-Digitale-Ursprungszeugnisse-fur-brasilianische-Erzeugnisse_de

Rat; Tagung der Agrarministerinnen und Agrarminister

Am 20.11.2023 tagte der Rat für Landwirtschaft und Fischerei in Brüssel und befasste sich mit Fangmöglichkeiten für den Atlantik und die Nordsee sowie für das Mittelmeer und das Schwarze Meer. Der Gedankenaustausch der Ministerinnen und Minister diente der Vorbereitung auf die nächste Tagung des Rates für Landwirtschaft und Fischerei im Dezember, auf welcher die Fang- und Aufwandsbeschränkungen für die meisten kommerziell genutzten Fischbestände sowie die nationalen Quoten für die einzelnen Arten für das kommende Jahr festgelegt werden sollen. Für neun Bestände hatte die Kommission erstmals vorgeschlagen, Fangbeschränkungen für zwei bis drei

Jahre festzulegen, die als „mehrjährige zulässige Gesamtfangmengen (TAC)“ bezeichnet werden, anstatt sie jährlich neu zu bewerten. Außerdem hat der Rat Schlussfolgerungen zu einer langfristigen Vision für die ländlichen Gebiete der EU gebilligt, in denen die Bedeutung der ländlichen Gebiete für die Wirtschaft, den ökologischen und digitalen Wandel sowie den Klimaschutz hervorgehoben wird. In den Schlussfolgerungen betont der Rat auch die Notwendigkeit, mit Bürgerinnen und Bürgern in ländlichen Gebieten zusammenzuarbeiten, die Konnektivität und die digitalen Kompetenzen zu verbessern und in ländliche Gebiete zu investieren. Darüber hinaus wird in den Schlussfolgerungen auch die Förderung des Generationswechsels und der Gleichstellung von Frauen in ländlichen Gebieten gefordert. Die Agrarministerinnen und -minister erörterten außerdem den aktuellen Verhandlungsstand zum Vorschlag der Kommission über neue genomische Verfahren (NGT) und tauschten sich über die EU-Waldstrategie aus.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2023/11/20/>

Kommission; Vorschlag für ein Forstüberwachungsgesetz

Die Kommission hat am 22.11.2023 einen Vorschlag für ein Forstüberwachungsgesetz vorgelegt. Die Verordnung über einen Überwachungsrahmen für widerstandsfähige europäische Wälder soll dazu beitragen, dass die Mitgliedstaaten (MS), die Waldbesitzer und Waldbewirtschafter besser auf Herausforderungen für die Wälder reagieren können und deren Resilienz angesichts grenzüberschreitender Bedrohungen durch Schädlinge, Dürren und Waldbrände stärken. So sollen die Erhebung sowie der Austausch aktueller und vergleichbarer Daten über die europäischen Wälder durch die Verwendung von Erdbeobachtungstechnologien und Messungen vor Ort ermöglicht werden. So soll ein umfassendes Überwachungssystem eingerichtet werden, das harmonisierte Daten gewährleistet und alle Wälder und bewaldeten Flächen abdeckt. Die Verordnung soll außerdem die Zusammenarbeit der MS im Bereich des Waldmanagements verbessern und die MS ermutigen, langfristige Pläne für ihre Wälder aufzustellen. Der Rahmen soll die Vermarktung von Ökosystemdienstleistungen, wie etwa der CO₂-Speicherung ermöglichen und die Umsetzung bestehender Gesetzgebung verbessern (z.B. LULUCF, Habitatrichtlinie).

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_23_5909

Kommission; Bericht über Waldbrände in Europa, im Nahen Osten und in Nordafrika 2022

Im Rahmen der Vorstellung der Vorschläge zur Überwachung der Wälder hat die Kommission am 22.11.2023 außerdem einen Bericht über Waldbrände in Europa, im Nahen Osten und in Nordafrika im Jahr 2022 vorgelegt. Aus diesem geht hervor, dass in der EU im Jahr 2022 fast 900.000 Hektar Land verbrannt sind. Die Brände betrafen auch Natura-2000-Gebiete, die mit rund 365.000 Hektar etwa 43% der gesamten Brandfläche ausmachten. Die überwiegende Mehrheit der Brände (96%) wurde durch menschliche Handlungen verursacht. Der Klimawandel erhöht jedoch zunehmend die Brandgefahr. 2022 stellte das dritte Jahr in Folge dar, in dem Waldbrände enorme ökologische und wirtschaftliche Schäden in der EU sowie den Verlust von Menschenleben zur Folge hatten. Seit Beginn der Überwachung durch das Europäische Waldbrandinformationssystem (EFFIS) im Jahr 2000 war 2022 das Jahr mit der zweitgrößten verbrannten Fläche. Der Bericht unterstreicht auch die wichtige Rolle von Präventionsmaßnahmen zur Verringerung der Häufigkeit und der Folgen von Waldbränden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_5951

Kommission; Konsultation zu Datenanforderungen und der schrittweisen Überprüfung von Safenern und Synergisten bei Pflanzenschutzmitteln

Die Kommission hat am 22.11.2023 eine öffentliche Konsultation zu Datenanforderungen und der schrittweisen Überprüfung von Safenern und Synergisten bei Pflanzenschutzmitteln eröffnet. Die geplante Verordnung soll ähnliche Datenanforderungen für die Genehmigung von Safenern und Synergisten festlegen, wie sie bereits gem. der Verordnung über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln für Wirkstoffe gelten. Außerdem plant die Kommission die Erarbeitung eines Arbeitsprogrammes, das eine systematische und stufenweise Überprüfung der bereits auf dem Markt befindlichen Safener und Synergisten gewährleistet, sobald die Verordnung in Kraft tritt. Die Konsultation ist bis zum 20.12.2023 für Rückmeldungen geöffnet.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13975-Pflanzenschutzmittel-Datenanforderungen-und-schrittweise-Überprüfung-von-Safenern-und-Synergisten_de

EuGH; Urteil zur Weinbereitung und der Weinetikettierung

Der EuGH hat am 23.11.2023 in der Rechtssache C-354/22 entschieden, dass ein Weinerzeuger auf dem Etikett auch dann auf seinen eigenen Weinbaubetrieb hinweisen darf, wenn die Kelterung in den Räumlichkeiten eines anderen Weinerzeugers erfolgt. Dies setze jedoch voraus, dass während der erforderlichen Zeit ausschließlich der namentlich genannte Weinerzeuger die gemietete Kelteranlage nutzt und die Kelterung unter seiner Leitung sowie seiner engen und ständigen Aufsicht erfolgt. Vorausgegangen war ein Rechtsstreit zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und einem Weinerzeuger aus der deutschen Moselregion. Der Weinerzeuger hatte die Angaben „Weingut“ und „Gutsabfüllung“ für Wein verwendet, den er aus Trauben erzeugt, die von Rebflächen stammen, die er etwa 70km von seinem eigenen Betrieb entfernt gepachtet hat. Das zuständige Verwaltungsgericht hatte dem EuGH die Frage vorgelegt, ob der Begriff „Weingut“, das auf einen namensgebundenen Weinbaubetrieb verweise, verwendet werden dürfe, auch wenn die Weinbereitung nicht vollständig in diesem Betrieb erfolge.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2023-11/cp230178de.pdf>

Kommission; Bericht über die GAP für den Zeitraum 2023-2027

Die Kommission hat am 23.11.2023 einen Bericht über die Gemeinsame Agrarpolitik für den Zeitraum 2023-2027 vorgelegt, mit dem die Rolle der GAP-Strategiepläne der Mitgliedstaaten für die Einkommen der Landwirte, die Gewährleistung der Ernährungssicherheit sowie den Übergang zur einer nachhaltigen EU-Landwirtschaft hervorgehoben wird. Der Bericht bestätigt das Ambitionsniveau der GAP-Pläne mit Blick auf Umwelt- und Klimaaspekte. Insgesamt zeigten die GAP-Strategiepläne erhebliche gemeinsame Anstrengungen zur Unterstützung des landwirtschaftlichen Einkommens, zur Gewährleistung einer gerechteren Verteilung an kleinere Betriebe und zur Verringerung von Einkommensunterschieden in den schwächsten Sektoren und benachteiligten Gebieten. Außerdem stellt der Bericht verstärkte gemeinsame Bemühungen zur Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Sektors fest. Weiterhin wird die Notwendigkeit betont, die Instrumente zur Risikoprävention und zum Risikomanagement zu stärken und die Strategien zur Anpassung an den Klimawandel auszubauen. Der Bericht stellt ein Element des umfassenderen Prozesses zur Bewertung der Leistung der derzeitigen GAP dar.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_5986

Kommission; Vertragsverletzungsverfahren: Klage gegen POL wegen unzureichender Umsetzung der EU-Vorschriften über Verfahrensrechte

Die Kommission hat am 16.11.2023 beschlossen, POL vor dem EuGH zu verklagen, da der Mitgliedstaat seine Verpflichtungen zur Umsetzung der Richtlinie über das Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand und zur Kommunikation bei Freiheitsentzug nicht erfüllt habe. Trotz wiederholter Aufforderungen und einer begründeten Stellungnahme im Februar 2023 habe POL die Richtlinie immer noch nicht zufriedenstellend umgesetzt. Die fragliche Richtlinie soll ein einheitliches Schutzniveau der Grundrechte von Verdächtigen und Beschuldigten in der EU gewährleisten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_23_5369

Rat; EP; Vorläufige Einigung über die Richtlinie zur Bekämpfung von Umweltstraftaten

Rat und EP haben am 16.11.2023 eine vorläufige Einigung über eine geplante Richtlinie zur Bekämpfung von Umweltstraftaten erzielt. Ziel der Richtlinie ist die Verbesserung des Umweltschutzes durch Festlegung gemeinsamer Mindestvorschriften für die Definition von Straftatbeständen und Sanktionen sowie die Aufnahme neuer Straftatbestände. Konkret vorgesehen sind z.B. den illegalen Holzhandel, illegales Recycling umweltschädlicher Schiffsteile oder schwerwiegender Verstöße gegen Regelungen zum Umgang mit Chemikalien als Straftaten zu qualifizieren. So würde die Anzahl der umweltrelevanten Straftatbestände auf insgesamt 18 verdoppelt. Außerdem sollen Straftaten, die vorsätzlich begangen werden und zur Zerstörung eines Ökosystems oder Lebensraums in einem geschützten Gebiet oder zur Beeinträchtigung der Luft-, Boden- oder Wasserqualität führen, künftig härter bestraft werden können. Darüber hinaus legt die Richtlinie einen Katalog an Strafen für natürliche und juristische Personen fest. Die Sanktionen beinhalten u.a. Freiheitsstrafen von bis zu 10 Jahren für natürliche Personen sowie Geldstrafen für juristische Personen zwischen 3% und 5% des Jahresumsatzes oder alternativ 24 Mio. EUR bzw. 40 Mio. EUR. Aber auch die Wiederherstellung der Natur kann durch das neue Umweltstrafrecht angeordnet werden. Die vorläufige Einigung sieht auch vor, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der nationalen Strafverfolgungsbehörden in der Anwendung des neuen EU-Umweltstrafrechts geschult werden. Des Weiteren sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, ausreichend finanzielle und personelle Ressourcen für diese Behörden zur Verfügung stellen sowie nationale Strategien zur Bekämpfung von Umweltkriminalität zu entwickeln. Die Einigung muss nun noch von Rat und EP förmlich gebilligt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/16/environmental-crime-council-and-european-parliament-reach-provisional-agreement-on-new-eu-law/>

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230929IPR06108/environmental-crimes-deal-on-new-offences-and-reinforced-sanctions>

EuGH; Schlussanträge: Kommission muss bei zu Unrecht verhängter Geldbuße keine Verzugszinsen zurückzahlen

Der Generalanwalt am EuGH Collins hat am 23.11.2023 seine Schlussanträge in der Rechtsmittelsache C-221/22 P | Deutsche Telekom AG (Verzugszinsen bei Geldbuße) verlesen. Er vertritt darin die Ansicht, dass die Kommission bei einer rechtsgrundlos verhängten Geldbuße grundsätzlich keine Verzugszinsen zurückzahlen muss. Die Deutsche Telekom war wegen des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung auf dem slowakischen Markt für Breitbandtelekommunikationsdienste von der

Kommission mit einer Geldbuße von 31 Mio. EUR belegt worden. Nachdem die Deutsche Telekom gegen den Beschluss vorging, reduzierte das EuG die Geldbuße um 12 Mio. EUR. Die Kommission erstattete diesen Betrag, verweigerte jedoch die Erstattung von Verzugszinsen für den Zeitraum zwischen der Bußgeldzahlung und der Rückzahlung. Mit Urteil vom 19.01.2022 hat das Gericht der Deutschen Telekom die Entschädigung in Höhe von circa 1,8 Mio. EUR zugesprochen, um den Schaden auszugleichen, der ihr durch die Weigerung der Kommission entstanden war, Verzugszinsen zu zahlen. Der Generalanwalt schlägt dem EuGH nunmehr vor, das Urteil des EuG aufzuheben und die Klage der Telekom abzuweisen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=280079&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2033194>

In n e r e s

Europol; Schlag gegen mutmaßlich rechtes Terrornetzwerk

Das Europäische Polizeiamt (Europol) hat am 10.11.2023 bekanntgegeben, dass ihm ein Schlag gegen ein mutmaßliches rechtsextremes Terrornetzwerk gelungen ist. Bei in BEL, KRO, DEU, LIT, ROM und ITL durchgeführten Ermittlungsmaßnahmen seien 5 Verdächtige festgenommen worden. Zudem seien 7 weitere Personen vernommen und Datenträger und Waffen beschlagnahmt worden. Die Gruppe der mutmaßlichen Terroristen habe sich über eine Online-Plattform ausgetauscht, wo u.a. Anleitungen zum Bau von 3-D-Waffen bereitgestellt worden seien. Einige der mutmaßlichen Mitglieder hätten auch über physischen Zugang zu Waffen verfügt. Die Ermittlungen seien nach einer Anfrage belgischer Behörden durch die EU-Agentur für die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) im Juli 2023 aufgenommen worden.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/five-right-wing-terrorists-arrested-throughout-europe-support-of-eurojust-and-europol>

Europol; Koordinierte Polizeiaktion gegen EU-weites Schleusernetzwerk

Das Europäische Polizeiamt (Europol) hat am 13.11.2023 bekanntgegeben, dass im Rahmen einer gemeinsamen Polizeiaktion 11 mutmaßliche Menschenschleuser verhaftet (8 in BEL, 2 in GRI, 1 in SWE) und bei insgesamt 16 Durchsuchungen Beweismittel sichergestellt worden sind. Unter den Beweismitteln seien u.a. Telefone, Elektronik, gefälschte Pässe und fast 200.000 EUR Bargeld. Die Verdächtigen gehören laut Europol einem kriminellen Netzwerk, hauptsächlich bestehend aus Ägyptern und Syrern, an, das seit Januar 2022 Migranten von GRI nach Nordeuropa (vor allem Norwegen) geschleust habe.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/eleven-arrested-for-smuggling-migrants-greece-to-northern-europe>

Rat; Beschluss über Finanzierung von Löschflugzeugen und -hubschrauber

Der Rat hat am 13.11.2023 zugestimmt, dass Mitgliedstaaten bis Ende 2027 weiterhin EU-Mittel für das Leasing von Löschflugzeugen und -hubschraubern erhalten können – bis eine dauerhafte EU-Flotte zur Brandbekämpfung betriebsbereit ist.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/13/council-adopts-decision-on-funding-for-firefighting-planes-and-helicopters/>

Rat; Grünes Licht für die Digitalisierung des Visumverfahrens

Der Rat hat am 13.11.2023 grünes Licht für neue Regelungen gegeben, die es ermöglichen Schengen-Visa online zu beantragen. Persönliches Erscheinen wird in

den meisten Fällen nicht mehr erforderlich sein, und das herkömmliche Visum wird durch einen kryptografisch signierten Strichcode ersetzt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/13/council-gives-green-light-to-the-digitalisation-of-the-visa-procedure/>

Rat; Reform des Rechtsakts zur Cybersicherheit: AStV verständigt sich auf Verhandlungsmandat

Die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten haben sich am 15.11.2023 auf einen gemeinsamen Standpunkt zur Änderung des EU-Rechtsakts zur Cybersicherheit von 2019 geeinigt. Ziel der vorgeschlagenen Verordnung ist es, die EU-Cyberabwehr zu stärken, indem europäische Zertifizierungssysteme für "verwaltete Sicherheitsdienste" eingeführt werden. Diese Dienste seien entscheidend für die Prävention, Erkennung und Bewältigung von Cyberbedrohungen. Die Änderungen am Vorschlag der Kommission beziehen sich auf die Definition von "verwalteten Sicherheitsdiensten", die Sicherheitsziele der Zertifizierungssysteme und die Anforderungen an Konformitätsbewertungsstellen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14136-2023-INIT/en/pdf>

Frontex; Illegale Migration über Westafrika-Route auf Rekordniveau

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) hat am 15.11.2023 aktuelle Zahlen zur illegalen Migration veröffentlicht. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres versuchten demnach 331.600 Menschen illegal in die EU zu gelangen. Dies sei der höchste Wert seit 2015 für diesen Zeitraum. Im Vergleich zum Vorjahr bedeuteten die Zahlen einen Anstieg um 18%. Rekordzahlen vermeldet Frontex auch beim illegalen Zugangsgeschehen über die Westafrika-Route über den Atlantik: Die Einreiseversuche (27.700) hätten sich hier nahezu verdoppelt. Hotspot bleibe weiterhin die Route über das zentrale Mittelmeer. Hier seien 143.600 illegale Einreisen registriert worden, ebenfalls der höchste Wert seit 2016. Rückläufig seien indes die Zahlen auf der Westbalkanroute. Dort sei ein Rückgang von 22% auf 97.300 Einreiseversuche zu verzeichnen gewesen.

<https://www.frontex.europa.eu/media-centre/news/news-release/record-arrivals-on-western-african-route-in-october-uNCHfO>

EuGH; Urteil: Aufsichtsbehördliche Entscheidung über Prüfung einer Datenverarbeitung muss anfechtbar sein

Der EuGH hat am 16.11.2023 sein Urteil in der Rechtssache C-333/22 (Prüfung der Datenverarbeitung durch die Aufsichtsbehörde) verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass die Aufsichtsbehörde durch die Benachrichtigung der betroffenen Person über das Ergebnis einer Überprüfung der Verarbeitung personenbezogener Daten einen rechtsverbindlichen Beschluss trifft, welcher für den Bürger anfechtbar sein muss. Dem Urteil liegt ein Vorabentscheidungsersuchen aus BEL zugrunde: Der Betroffene hatte ggü. der zuständigen Aufsichtsbehörde vergeblich versucht, die Verantwortlichen für die Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten im Rahmen einer Sicherheitsüberprüfung zu ermitteln und Auskunft über alle ihn betreffenden Informationen zu erlangen. Das erkennende Gericht aus BEL legte dem EuGH u.a. die Frage vor, ob das Unionsrecht den Mitgliedstaaten vorschreibt, der betroffenen Person die Möglichkeit zu geben, den Beschluss der Aufsichtsbehörde anzufechten.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=040E3BFD453288242E2C37E78B3BF038?text=&docid=279747&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1726636>

Europol; Operation MOZAIK 2023 gegen Kindesmissbrauch im Netz

Laut dem Europäischen Polizeiamt (Europol) sind im Zeitraum zwischen dem 06.-17.11.2023 mehrere Polizeiaktionen im Westbalkanraum mit dem Ziel die Identifizierung und Festnahme von Personen, die Online-Foren und Messaging-Apps zur Verbreitung von kinderpornografischem Material nutzten, durchzuführen, erfolgt. Bei der Operation MOZAIK 2023 gegen Kindesmissbrauch im Netz, geleitet von der slowenischen Nationalpolizei und koordiniert von Europol im Rahmen von EMPACT, hätten 39 Verdächtige identifiziert und 2 der Opfer gerettet werden können. Es habe 41 Razzien, bei denen mehr als 200 Gegenstände mit solchem Material beschlagnahmt werden konnten, gegeben.

<https://www.europol.europa.eu/media-press/newsroom/news/39-suspects-identified-in-major-online-child-sexual-abuse-swoop-in-western-balkan-region>

EP; Plenum billigt Verhandlungsmandat zur CSA-Verordnung

Das EP hat in seiner Plenarsitzung am 23.11.2023 das Verhandlungsmandat für die geplante Verordnung zur Bekämpfung und Prävention von sexuellem Kindesmissbrauch im Internet (sog. CSA-Verordnung) angenommen. Das Mandat sieht vor, dass sog. Aufdeckungsanordnungen von den zuständigen Justizbehörden nur als „letztes Mittel“ erlassen werden dürfen. Ausgenommen von den zeitlich befristeten Anordnungen sollen nach Wunsch des EP Ende-zu-Ende-verschlüsselte Kommunikation sein. Da im Plenum des EP keine Einwände gegen die Aufnahme von Verhandlungen auf der Grundlage der Abstimmung im Parlamentsausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) vom 14.11.2023 erhoben wurden, können die Verhandlungen beginnen, sobald der Rat seinen Standpunkt zu dem Gesetzgebungsvorhaben angenommen hat.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2023-0364_EN.html

Rat; AStV verständigt sich auf Verhandlungsmandat zur Reform der Daueraufenthaltsrichtlinie

In einer Sitzung am 23.11.2023 einigten sich die Botschafter der Mitgliedstaaten (MS) auf ein Verhandlungsmandat für die Reform der Richtlinie über den langfristigen Aufenthalt (sog. Daueraufenthaltsrichtlinie). Die Richtlinie legt die Bedingungen fest, unter denen Drittstaatsangehörige die Rechtsstellung von in der EU langfristig Aufenthaltsberechtigten erwerben können. Bzgl. der Reformpläne sieht der Standpunkt des Rates nunmehr vor, dass Drittstaatsangehörige Aufenthalte von bis zu zwei Jahren in verschiedenen MS kumulieren können sollen, um die Anforderung der fünfjährigen Aufenthaltsdauer zu erfüllen. Für den Fall, dass sich ein Antragsteller jedoch in verschiedenen MS aufgehalten hat, sieht das Verhandlungsmandat des Rates vor, nur bestimmte Arten rechtmäßiger Aufenthaltstitel zu akzeptieren. Dies könnten wie etwa die Blaue Karte der EU oder Aufenthaltstitel, die zum Zweck der Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung ausgestellt wurden, sein. Auf Grundlage des angenommenen Verhandlungsmandats können nun die interinstitutionellen Trilogverhandlungen beginnen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/11/23/third-country-nationals-eu-updates-rules-for-long-term-resident-status/>

EuGH; Urteil: Eltern von anerkannten minderjährigen Flüchtlingen können internationalen Schutz nicht ableiten

Der EuGH hat am 23.11.2023 seine Urteile in den Rechtssachen C-614/22 und C-333/22 verkündet. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass Art. 20 und 23 der Anerkennungs-Richtlinie die Mitgliedstaaten (MS) nicht verpflichten, dem Elternteil eines in einem MS als Flüchtling anerkannten Kindes einen Anspruch auf internationalen Schutz in diesem MS zuzuerkennen. In dem erstgenannten

Vorabentscheidungsersuchen ging es um eine guineische Staatsangehörige, die 2018 mit drei Kindern nach BEL kam. Obwohl eines ihrer Kinder als Flüchtling anerkannt wurde und die Familie zuvor in Guinea gelebt hatte, wurde ihr Antrag auf internationalen Schutz abgelehnt. In dem zweiten Verfahren wurde der Asylantrag eines aus Guinea stammenden Vaters abgelehnt, obgleich seiner Frau und den Kindern die Flüchtlingseigenschaft in BEL zuerkannt worden war.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=280073&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2039268>

Information, Kommunikation und Medien

Rat; EU-Medienfreiheitsgesetz wird weiter im Trilog beraten

Der ESP-Ratsvorsitz hat auf dem Rat „Bildung, Jugend, Kultur und Sport“ am 24.11.2023 in Brüssel die Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten über den Sachstand der Beratungen zum Europäischen Medienfreiheitsgesetz (EMFA) informiert. Derzeit führen Kommission, EP und Rat die Trilogverhandlungen mit dem Ziel, das Gesetzgebungsverfahren vor den Europawahlen 2024 abzuschließen. Staatsministerin Claudia Roth, Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, erklärte vor der Ratstagung, DEU wolle den EMFA „mit Nachdruck“ zum Erfolg bringen. Man hoffe sehr, dass nach den Vorarbeiten der ESP-Ratspräsidentschaft im Trilog nun ein gutes Ergebnis erzielt werde. An DEU werde es nicht liegen – man wolle „sehr, sehr klar machen“, dass man den EMFA unterstütze.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eycs/2023/11/23-24/>

EU – Förderprogramme

Kommission; Förderaufruf für Forschung im Bereich digitale Technologien

Die Kommission hat im Rahmen des Arbeitsprogramms 2023-2024 von Horizont Europa eine Ausschreibung für Fördermittel in Höhe von insgesamt 290 Mio. EUR im Bereich digitaler Innovationen bekannt gegeben. 85 Mio. EUR werden bereitgestellt, um die Forschung im Bereich der Daten- und Computertechnologien voranzutreiben und Innovationen im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) zu fördern. Des Weiteren ist die Finanzierung von Innovationen im Bereich der durch künstliche Intelligenz (KI) gestützten Datenverarbeitung, die zu vorurteilsfreien KI-Systemen führen, sowie von groß angelegten Pilotprojekten vorgesehen, die industrielle Plattformen für das Internet der Dinge sowie Edge-Computing-Technologien der nächsten Generation unterstützen. Mit weiteren 206 Mio. EUR werden Forschungsprojekte zu Technologien finanziert, die die digitale und technologische Wettbewerbsfähigkeit Europas fördern und zur Verwirklichung der Ziele des Europäischen Green Deal beitragen sollen. Hierbei steht die Forschung in den Bereichen Robotik, Daten und KI im Mittelpunkt. Finanziert werden außerdem Projekte, die sich mit dem Einsatz von Photonik-Technologien zur Verbesserung der Qualität von Kommunikationsnetzen befassen. Zuletzt werden in der Ausschreibung Investitionen in „Cloud-to-Edge-Server“ genannt, die dazu beitragen werden, eine vollständig offene europäische Cloud- und Edge-Computing-Architektur zu schaffen. Die Frist für die Einreichung von Anträgen endet am 19.03.2024.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/new-horizon-europe-funding-boosts-european-research-data-computing-and-ai-technologies>

Veranstaltungen

Veranstaltung „Hessen in Space“ – Raumfahrt Daten für die Regionen Europas und ihre Bedeutung für die Sicherheit Europas

Am 13.11.2023 fand in der Landesvertretung Hessens in Brüssel auf gemeinsame Einladung der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich und dem Generaldirektor von EUMETSAT Phil Evans die Veranstaltung „Hessen in Space – Raumfahrt Daten für die Regionen Europas und ihre Bedeutung für die Sicherheit Europas“ statt. Europastaatsekretär Uwe Becker hob in seinem Statement hervor, dass „EUMETSAT“ und „ESOC“ wesentliche Akteure für den hessischen Raumfahrtstandort sind. Die Landesregierung habe sich daher auch bei der Aufstellung des Weltraumprogramms 2021-2027 für die Stärkung dieser beiden Organisationen stark gemacht. Paul Flament aus der Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum (DEFIS) der Kommission gab einen Einblick in Tätigkeitsbereiche, die die Raumfahrtindustrie prägen sowie Maßnahmen, die sicherstellen sollen, dass Europa Vorreiter in der Weltraumforschung bleibt. Dr. Jochen Grandell, Wissenschaftlicher Leiter MTG bei EUMETSAT stellte die Meteorat-Satelliten der 3. Generation (MTG) vor, die durch Bilder mit hoher Auflösung eine schnellere Erkennung und frühere Warnung bei Hitzewellen, Brandherden und Extremwetter ermöglichen. An der anschließenden Podiumsdiskussion beteiligten sich neben Grandell MdEP Niklas Nienaß (GRÜNE/DEU), Juan Escalante aus der Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe (ECHO) der Kommission sowie Prof. Dr.-Ing. Johann-Dietrich Wörner, Hessischer Raumfahrtkoordinator. Nienaß betonte, dass eine bessere Regulierung für den Weltraum in Form eines europäischen Weltraumgesetzes dringend notwendig ist, welche durch einheitliche Vorschriften Standards in der Raumfahrtbranche schaffen solle. Escalante erwähnte u.a. die fehlenden Datenanalysefähigkeiten als eine noch zu bewältigende Aufgabe. Wörner hob hervor, dass 50% der Klimaveränderungen nur aus dem All beobachtet werden können und man daher nur durch eine aktive Verarbeitung der Weltraumdaten effektiv gegen den Klimawandel vorgehen könne. Grandell merkte an, dass die Kosten der Datenverarbeitung reduziert und dass durch entsprechend verfügbare Werkzeuge das Lesen der Daten vereinfacht wurden. Einig waren sich die Teilnehmer über den „Open-Data“-Ansatz. Eine Limitierung zugänglicher Daten und Karten würden den Weltraummarkt stören und die Forschung ausbremsen. Die Diskussionsrunde wurde von Sandra Parthie, Leiterin des Brüsseler Büros des Instituts der Deutschen Wirtschaft, moderiert. Roya Ayazi, Generalsekretärin des Netzwerks NEREUS, konkludierte am Ende der Veranstaltung, dass für die Verarbeitung von Daten aus dem All strategische Ansätze entwickelt werden müssen. Im Vorfeld der Abendveranstaltung fand in der Vertretung ein Expertengespräch statt, in der die Zusammenarbeit Hessens mit anderen Regionen, die regionale Raumfahrtstrategien entwickeln, im Vordergrund stand. Elisabeth Hamdouch aus der Generaldirektion DEFIS gab einen Überblick über die gegenwärtigen und für 2024 geplanten Aktivitäten der Kommission mit Schwerpunkt auf dem Erdbeobachtungsprogramm Copernicus. Zudem hielt Wörner einen kurzen Impulsvortrag zu Entstehung und Inhalt der ersten hessischen Raumfahrtstrategie „Hessen in Space“. Er hob hervor, dass das Netzwerk NEREUS als Bindeglied zwischen den Regionen sehr wertvoll sei.

Antikolonialismus Aufarbeitung kolonialer Gewalt – Möglichkeiten postkolonialer Erinnerungspolitik

Im Rahmen der Reihe „Crisis-Talk“ fand auf Einladung der Hessischen Europaministerin Lucia Puttrich, dem Leibniz-Forschungsnetzwerk „Umweltkrisen – Krisenumwelten“ sowie dem Forschungszentrum „Normative Ordnungen“ der Goethe-

Universität Frankfurt am Main am 14.11.2023 eine Veranstaltung zu dem Thema „Aufarbeitung kolonialer Gewalt – Möglichkeiten postkolonialer Erinnerungspolitik“ in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU statt. Europastaatssekretär Uwe Becker eröffnete die Veranstaltung mit der Feststellung, dass es für eine gemeinsame Zukunft unabdingbar sei, sich die Konflikte der Vergangenheit grundlegend zu vergegenwärtigen und zu reflektieren. Uwe Becker betonte die Wichtigkeit, die vielschichtigen und komplexen Fragen einer postkolonialen Erinnerungskultur insbesondere auch auf europäischer Ebene zu diskutieren. Dr. Sabine Mannitz, PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung / Forschungszentrum „Transformations of Political Violence“ (TraCe) begrüßte für das Leibniz-Forschungsnetzwerk. In ihrem Impuls forderte sie, die Aufarbeitung des Kolonialismus politisch nicht – wie bisher – bloß national anzugehen, sondern diese auch als gemeinsames europäisches Projekt zu definieren. Forschung und Zivilgesellschaft seien bereits europaweit vernetzt – eine gemeinsame europäische Politik zu dem Thema sei noch lückenhaft. Insbesondere von Brüssel könnten wichtige Impulse ausgehen, um proaktiv struktureller Gewalt entgegenzuwirken und postkoloniale Perspektiven, z.B. in Schulbüchern und Museen, sichtbar zu machen. Auf dem anschließenden Podium, moderiert vom freien Journalist Alexander Göbel, wurde die wissenschaftliche Perspektive von Sabine Mannitz durch die von Laura Gaëlle Ganza ergänzt. Diese brachte als unabhängige Beraterin besondere Aspekte aus dem Kulturbereich ein: Notwendig für eine Aufarbeitung Europas Kolonialzeit sei in erster Linie eine klare Haltung ihr gegenüber. Diese gebe es bis dato – auch in vielen Museen – noch nicht. Postkoloniale Strukturen seien tief „in unserem Leben“ verankert und oft unsichtbar. Sie müssten zunächst aufgedeckt werden, um sie abzubauen zu können. Mannitz betonte sodann u.a. die Wichtigkeit der Zusammenarbeit auf Augenhöhe, wenn es um die Aufarbeitung kolonialer Gewalt gehe. Ganza führte aus, dass z.B. BEL keine wirkliche Auseinandersetzung mit seiner Kolonialgeschichte hätte. Es gäbe keine belgische Erzählung über das was war und was künftig sein solle. Das Thema werde eher verschwiegen. Sie sprach sich für Partnerschaften mit afrikanischen Staaten aus.

Witze für Deutschland – ein Abend mit Greser & Lenz

Europaministerin Lucia Puttrich hatte am 14.11.2023 zu einem Abend unter dem Motto „Witze für Deutschland“ in die Landesvertretung geladen. Der Karikaturist Achim Greser stellte im Gespräch mit Dr. Thomas Gutschker, EU-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), die Karikaturen von „Greser & Lenz“ vor. Zusammen mit Heribert Lenz zeichnet Greser seit 1996 für die FAZ. Beide haben sich im Studium kennengelernt, schon bei dem Satiremagazin Titanic zusammengearbeitet – und dann bei der FAZ ihre „Lebensform“ gefunden, so Achim Greser. Die „Witzbilder“, wie beide ihre Werke nennen, werden gemeinsam entwickelt, aber nur von einem von beiden gezeichnet. Auch durch geschicktes Nachfragen hat Thomas Gutschker Achim Greser allerdings nicht entlocken können, wie ein Kunsthistoriker die Autorenschaft der jeweiligen Zeichnung erkennen könne. Die Karikaturen lösen nicht selten kontroverse Reaktionen aus, veranlassen Leserinnen und Leser der FAZ, Leserbriefe zu schreiben, und haben in einem Fall sogar dazu geführt, dass der deutsche Botschafter in Ankara von der türkischen Regierung einbestellt wurde. Zahlreiche Motive ziehen sich wie ein „roter Faden“ durch das Werk von Greser & Lenz – wie die Bank, auf der Politiker sitzen und in die Ferne schauen (in verschiedenen Konstellationen von Angela Merkel bis Olaf Scholz), die COVID-Pandemie, Islamismus, der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan sowie die „gewöhnlichen“ Leute am Stammtisch einer Kneipe, die ein echtes Vorbild hat, wie den über 150 Gästen der Landesvertretung verraten wurde. Achim Greser begeisterte das Brüsseler Publikum an diesem Abend mit den „Witzen für Deutschland“ – und brachte den

Zauber des Duos auf den Punkt: „Wir zeichnen Standbilder eines Dramas, in dem wir für alles verantwortlich sind“.

Die Niederlande haben gewählt

Die Parlamentswahlen in NDL am 22.11.2023 waren Gegenstand einer weiteren Veranstaltung der Reihe „Europa nach den Wahlen“. Am 23.11.2023 hat Ria Cats, Het Financieele Dagblad, die Wahlergebnisse in der Landesvertretung vor mehr als 140 Gästen präsentiert und anschließend im Gespräch mit Markus Becker, Der Spiegel, analysiert. Ursprünglich sollte in NDL erst im März 2025 gewählt werden. Aber die Regierungskoalition aus der Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD), dem Christlich-Demokratischen Aufruf (CDA), den Demokraten 66 (D66) und der Christlichen Union (CU) war im Juni 2023 aufgrund von Meinungsverschiedenheiten über die Asylpolitik zerbrochen. Das Ergebnis der Wahl war überraschend: Die PVV (Partij voor de Vrijheid) des rechtspopulistischen Spitzenkandidaten Geert Wilders hat die Wahlen gewonnen; sie erzielte vorläufig 37 von insgesamt 150 Mandaten. Die konservative VVD des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Mark Rutte erreicht mit 24 Parlamentssitzen den dritten Platz hinter der GL-PvdA (GrünLinks-PvdA), die 25 Mandate erhalten dürfte. Auf dem vierten Platz liegt die von Peter Omtzigt neu gegründete Partei „Neuer Gesellschaftsvertrag“ (NSC); abgeschlagen dagegen ist die Bauern-Bürger-Partei (BBB), die bei den Provinzwahlen im März 2023 noch stärkste Kraft war. Ria Cats erwartet, dass Geert Wilders neuer Ministerpräsident von NDL wird – in einer Koalition mit VVD, NSC und BBB. VVD und NSC hätten bereits eine gewisse Offenheit gezeigt. Wie lange diese Regierung bestehen bleibe, sei dann aber eine andere Frage. Der ehemalige Vizepräsident der Kommission und Spitzenkandidat des Bündnisses GrünLinks-PvdA, Frans Timmermans, habe sich am Wahlabend als schlechter Verlierer gegeben. Das sei aber unklug – denn er könnte noch Ministerpräsident werden, wenn es Geert Wilders nicht gelingt, eine Koalition zu formen. Die Regierungspartei VVD habe einen strategischen Fehler gemacht, als sie sich im Wahlkampf offen für eine Koalition mit der PVV gezeigt habe, so Ria Cats deutliches Urteil. Das habe Geert Wilders salonfähig gemacht. Auf die Befürchtungen, die mit einem Ministerpräsidenten der PVV verbunden sind, entgegnete Ria Cats, man könne die 2,5 Mio. Wählerinnen und Wähler der PVV nicht ignorieren. Nun müsse Geert Wilders seine Regierungsfähigkeit beweisen. Außerdem werde die PVV eine Koalition eingehen müssen, und die staatlichen Institutionen in NDL seien stark. Sie vermutet allerdings, dass die Koalitionsverhandlungen lange dauern – eine neue Regierung in NDL kommt möglicherweise erst im Sommer 2024 ins Amt.

Gespräche von Europastaatssekretär Uwe Becker in Brüssel

Am 22.11.2023 führte der Hessische Europastaatssekretär Uwe Becker eine Reihe von Gesprächen in Brüssel. Im Mittelpunkt des Treffens mit Christiane Canenbley, stellv. Kabinettschefin der ehemaligen Exekutiv-Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Vestager standen aktuelle Fragen der Digitalisierung insbesondere des AI-Gesetzgebungsprozesses sowie des EU-Wettbewerbsrechts auch vor dem Hintergrund des NetZeroActs der USA. Aktuelle Fragen der europäischen Arbeits- und Sozialpolitik erörterte Staatssekretär Becker in seinen Gesprächen mit Stefan Gran, Berater des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und der Leiterin der EU-Vertretung des DGB in Brüssel, Tanja Bergrath. Mit der stellv. Generaldirektorin der GD FISMA, Europäische Kommission Alexandra Jour-Schröder erörterte Staatssekretär Becker das Verfahren zur Sitzplatzentscheidung der EU-Antigeldwäschebehörde (AMLA). Am 09.11.2023 wurde die von der Bundesregierung, der Hessische Landesregierung und der Stadt Frankfurt getragene deutsche Bewerbung Frankfurt für die AMLA eingereicht. Über die gegenwärtige Situation der Jüdinnen und Juden und des Antisemitismus in Europa und weltweit hat sich

Staatssekretär Uwe Becker, Beauftragter der Landesregierung für Jüdisches Leben und den Kampf gegen den Antisemitismus mit dem stellv. Vizepräsidenten des Jüdischen Weltkongresses Dr. Maram Stern ausgetauscht.

Leonce und Lena – oder: Von der Kunst, ein Narr zu werden

Die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich und der Belgische Germanisten- und Deutschlehrerverband (BGDV) luden am 23.11.2023 gemeinsam zu einer Aufführung der Komödie „Leonce und Lena – oder: Von der Kunst, ein Narr zu werden“ in die Hessische Landesvertretung ein. Das berühmte Werk des am 17.10.1813 in Goddelau im Großherzogtum Hessen geborenen Schriftstellers Georg Büchner wurde dabei von der Theater-Compagnie ambrella & rosenfisch auf originelle Weise als Figurentheater neu inszeniert. Die beiden Figurenspieler Heike Klockmeier und Stephan Wunsch nahmen so Büchners Vorliebe für die Marionettenmetapher beim Wort: „Puppen sind wir, am Draht gezogen...“. Die Inszenierung mit offen gespielten Marionetten eröffnete einerseits einen neuen Blick auf Büchners berühmte Komödie und führte andererseits deren dramatische Entstehungsumstände in fesselnder Weise vor Augen. Die Veranstaltung fand im Rahmen eines Georg-Büchner-Studenttages des Belgischen Germanisten- und Deutschlehrerverbands (BGDV) in der Hessischen Landesvertretung statt. Um das Publikum auf die Inszenierung vorzubereiten, hatte der BGDV in der Hessischen Landesvertretung ergänzend zu einem einführenden Vortrag der Literaturwissenschaftlerin Prof. Dr. Vera Viehöver (Universität Lüttich) eingeladen, zu dem Europastaatssekretär Uwe Becker das Publikum begrüßte. Dabei stellte er die Bedeutung Büchners für das kulturelle Erbe Hessens heraus.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

27.11.2023	Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ (Handel)
27./28.11.2023	Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (Beschäftigung und Sozialpolitik)
30.11.2023	Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ (Kohäsion)
04./05.12.2023	Rat (Justiz und Inneres)
04.12.2023	Rat „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ (Verkehr)
05.12.2023	Rat „Verkehr, Telekommunikation und Energie“ (Telekommunikation)
07./08.12.2023	Gipfeltreffen EU-China
07.12.2023	Euro-Gruppe

07.12.2023	Wettbewerbs-Rat (Binnenmarkt und Industrie)
08.12.2023	Wettbewerbs-Rat (Forschung und Weltraum)
08.12.2023	ECOFIN-Rat

Europäische Kommission

28.11.2023	<p>Mobilitätspaket für Fahrgäste</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ein gemeinsamer europäischer Mobilitätsdatenraum • Überarbeitung des Reisepakets • Überarbeitung des Fahrgastrechtsrahmens <p>Anti-Schmuggel-Paket Aktionsplan zur Erleichterung des Netzausbaus</p>
06.12.2023	<p>Bürger-Paket</p> <ul style="list-style-type: none"> • Konsularischer Schutz - Überprüfung der EU-Vorschriften • Bericht über die Unionsbürgerschaft 2023 • Überarbeitete Leitlinien zur Freizügigkeit • Schutz von Tieren beim Transport - Überarbeitung der EU-Vorschriften <p>Reaktion auf die europäische Bürgerinitiative "Pelzfreies Europa".</p>

Europäisches Parlament

Die nächste Plenarsitzung des Europäischen Parlaments findet vom 11. bis 14.12.2023 statt.

Ausschuss der Regionen

29./30.11.2023	<p>158. AdR-Plenarsitzung</p> <p>Ausbau der nachhaltigen und effizienten grenzübergreifenden Zusammenarbeit mit Nachbarländern</p> <p>Bericht über die Wettbewerbspolitik 2022</p> <p>EU-Rahmen für die Korruptionsbekämpfung</p> <p>Die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027</p> <p>Kulturförderung im ländlichen Raum im Rahmen der Strategien für Entwicklung und territorialen Zusammenhalt und der Agenda 2030</p> <p>Schluss mit geschlechtsspezifischer Gewalt – Städte und Regionen als Vorreiter</p> <p>Die Gemeinsame Fischereipolitik vor Ort: für nachhaltige und widerstandsfähige Küstengemeinden in der EU</p> <p>Bottom-up-Ansatz zur Entwicklung eines europäischen wertebasierten Sportmodells: ein Mittel zur Förderung der Inklusion und des sozialen Wohlergehens junger Menschen in Europa</p>
----------------	--

Die Bedeutung der Städte für die Gesundheitsförderung
Eine Multi-Level-Governance für den Grünen Deal:
Überarbeitung der Verordnung über das Governance-
System für die Energieunion und für den Klimaschutz
EU-Rechtsakt zur Cybersolidarität und zur digitalen
Resilienz
Die Europäische Wasserstoffbank

06.12.2023 ECON-Fachkommissionssitzung
KMU-Entlastungspaket und BEFIT (Abstimmung)

08.12.2023 SEDEC-Fachkommissionssitzung
Europäischer Behindertenausweis und Europäischer
Parkausweis für Menschen mit Behinderungen
(Abstimmung)
Eine integrierte EU-Strategie zur Unterstützung
ortsbezogener Innovationen für den grünen und den
digitalen Wandel (Abstimmung)
Verbesserung der Inklusion von Kindern durch Umsetzung
der Europäischen Garantie für Kinder auf lokaler und
regionaler Ebene (Meinungsaustausch)

Europäischer Gerichtshof

EuGH

28.11.2023 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der
Rechtssache C-148/22 Commune d'Ans

Muslimische Kopfbedeckung

30.11.2023 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen
C-228/21, C-254/21, C-297/21, C-315/21, C-328/21
Ministero dell'Interno (Gemeinsames Merkblatt – Indirekte
Zurückweisung)

Gemeinsames Europäisches Asylsystem

30.11.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der
Rechtssache C-123/22 Kommission / Ungarn
(Zuerkennung des internationalen Schutzes II –
Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats (zweite
Beschwerde))

Vertragsverletzungsverfahren

05.12.2023 Dienstag, 5. Dezember 2023
Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der
Rechtssache C 128/22 Nordic Info

Reiseverbote während der Covid-19-Pandemie

- 05.12.2023 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen Rechtsmittelsachen C 451/21 P Luxemburg / Kommission und C 454/21 P Engie Global LNG Holding u.a. / Kommission
- Staatliche Beihilfen – Tax Rulings
- 05.12.2023 Urteile des Gerichtshofs (Große Kammer) in den Rechtssachen C-683/21 Nacionalinis visuomenės sveikatos centras und C 807/21 Deutsche Wohnen
- Sanktionierung von Unternehmen bei Datenschutzverstößen
- 07.12.2023 Urteile des Gerichtshofs in der Rechtssache C 634/21 SCHUFA Holding u.a. (Scoring)
- Erstellung von Score-Werten durch private Wirtschaftsauskunfteien
- sowie in den verbundenen Rechtssachen C 26/22 und C 64/22 SCHUFA Holding u.a. (Restschuldbefreiung)
- Datenspeicherung bei privaten Wirtschaftsauskunfteien
- 07.12.2023 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-518/22 AP Assistenzprofis
- Persönliche Assistenz für Menschen mit Behinderungen – Diskriminierung wegen des Alters?
- 07.12.2023 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-706/22 Konzernbetriebsrat
- Beteiligung der Arbeitnehmer in einer Societas Europaea
- 07.12.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-771/22 HDI Global und C 45/23 MS Amlin Insurance
- Insolvenz von Reiseveranstaltern
- EuG
- 29.11.2023 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-19/22 Piaggio & C. / EUIPO
Markenrecht
- 05.12.2023 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache

T-742/22 Mazepin / Conseil

Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der Ukraine

05.12.2023

Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der
Rechtssache T 743/22 Nikita Dmitrievich Mazepin /
Conseil

Restriktive Maßnahmen angesichts der Situation in der
Ukraine

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 08.12.2023.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA